1. Ausgabe • 38. Jahrgang / Einzel-Nummer 15 Pf. „Freiheit und Brot" München, Donnerstag, 16. Juli 1925

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G. m. b. H. / Hauptgeschäftsst.: München, Thierschstr. 15 / Fernr. 20647 / Drahtanschr.: „Beobachter München" / Postscheckkonto: Frz. Eher Nchfg., G. m. b. H., München 11 346 u. Postsparkassenk.: Frz. Eher Nchfg., G. m. b. H., Wien 79 921 / Schriftltg.: München, Schellingstr. 39/I / Fernr. 20801—20803 / Sprechstd. tägl. v. 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich / Bezugspreis monatlich 3,25 Mark zuzüglich Postbestellgeld / Anzeigenpreise: Die 31,5 mm breite und 1 mm hohe Zeile kostet 20 Goldpfennig / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 80 Goldpfennig / Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags / Anzeigen-Abteilung: Schellingstr. 39/I / Fernruf-Nummer 20 801

Stresemanns Sieg über die Deutschnationalen

„Verblüffende Ähnlichkeit" mit der marxistischen Verelendungspolitik

Schiele duckt sich

Berlin, 15. Juli. Das Reichskabinett hat gestern Nachmittag eine Sitzung abgehalten, in der eine Reihe kleinerer Gegenstände beraten wurde. Wie das „Berliner Tageblatt" aus gut unterrichteten Kreisen erfahren haben will, soll es sich in erster Linie um die deutsche Antwort gehandelt haben. Dabei soll es zu sehr bewegten Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem deutschnationalen Reichsinnenminister Dr. Schiele gekommen sein. Auch verschiedene Vermittlungsversuche sollen noch zu keiner Einigung geführt haben. Nur so viel wurde vereinbart, daß in der heutigen Kabinettssitzung ein endgültiger Beschluß über die Tendenz und die Formulierung der deutschen Antwortnote gefaßt werden soll. Die Ministerpräsidenten der Länder sollen am Donnerstag über den Inhalt der deutschen Antwort verständigt werden. Am Samstag soll der Auswärtige Ausschuß des Reichstages unterrichtet werden und gleichzeitig soll die Antwort an Frankreich abgehen.

*

Es scheint also, daß ein gewisser Druck von seiten nationaler Kreise Herrn Schiele für einige Stunden das Rückgrat gesteift hat und er es wagte gegen seinen Herrn und Meister Gustav Stresemann aufzumucken. Wie sich aber aus dem Schluß der Meldung ergibt, wird Herr Stresemann doch noch als ungekrönter Souverän seine Antwort auf eigene Faust absenden und nur so gnädig sein, den Inhalt der neuen Note den Landesregierungen und Parteiführungen zu [illegible]er Zeit mitzuteilen wie der französischen Regierung. Stresemann muß sich sehr sicher fühlen und starke Kräfte hinter sich wissen. Fragen wir uns, welche diese sein könnten, so ist es nicht schwer zu erraten, denn „Berliner Tageblatt" und „Vorwärts" begrüßen die Versklavungspolitik des Gustav Stresemann natürlich mit Händeklatschen, liegt sie doch auf derselben Linie, wie die glorreiche Tätigkeit Walter Rathenaus und Josef Wirths. Stresemann der Vielgewandte hat gegenüber den Deutschnationalen also alle Trümpfe in der Hand und wenn der Herr Schiele nicht mittun sollte, stehen die Herren von der Demokratie und der Sozialdemokratie Herrn Stresemann sicher zu Gebote. Gustav Stresemann hat ja schon als er die Ruhrkapitulation einleitete in bester Freundschaft mit den Halbbolschewisten zusammengearbeitet und den Juden Hilferding, zu der Zeit seiner Reichskanzlerschaft in sein Kabinett genommen. Und da Herr Stresemann die Sehnsucht der Deutschnationalen nach Ministersitzen kennt, so hat er offenbar Herrn Schiele kräftig aufs Dach gegeben und jetzt unterhandeln die Deutschnationalen vermutlich, ob man sich das auch noch gefallen lassen dürfe oder nicht.

Charakteristisch für den halbbolschewistischen deutschen Reichstag ist noch die Tatsache, daß auf seiner letzten Plenarsitzung am 13. Juli, 8 Uhr abends, die Erledigung der Aufwertungsfragen auf Wunsch der Halbbolschewisten verschoben wurde, weil die [illegible]tz und Scholen und Rotfischer zu ihrem Parteitag mußten. Damit ist die prachtvolle Demokratie durch die selbst gekennzeichnet.

Mittlerweile hat die S.P.D. Herrn Stresemanns Politik ihre kräftigste Unterstützung zugesagt. Wie „zufällig" fand soeben in Halle ein marxistischer Tag statt, auf dem der 1. Vorsitzende der Barmat-Partei, Otto Wels, erklärte:

„Stresemanns Sicherheitspakt ist konsequente Fortsetzung der sozialdemokratischen Politik.

So feindlich wir auch der gegenwärtigen Reichsregierung gegenüberstehen, so werden wir **doch das Zustandekommen des Paktes unterstützen.** Der Vorschlag des Reichsaußenministers Stresemann ist dem der **Arbeiterinternationale verblüffend ähnlich.** Wir haben diesen Vorschlag damals Herrn Stresemann vorgelegt. Er sah sich damals in Gegenwart des Außenministers Rosen zu der Erklärung veranlaßt: Wenn das möglich ist, sind wir verpflichtet, das zum Programm für uns zu machen, um zum Frieden in Europa zu kommen. (Hört, hört!) Das war die Geburtsstunde der großen Koalition."

Tatsächlich: Stresemann und marxistische Politik sind ineinander „verblüffend ähnlich."

Wo ist doch die „monarchistische", schwarzweißrote Volkspartei gelandet! Herr Stresemann, werden Sie schleunigst Mitglied des Reichsbanners, dann wissen wir, woran wir sind.

Völkische Anträge

v. Graefe-Mecklenburg und Genossen.

Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den

1. den Reichsdeutschen im Ausland die Ausübung des Reichswahlrechts ermöglicht wird,
2. die in geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten im Ausland lebenden Volksgenossen deutschen Stammes, jedoch fremder Staatsangehörigkeit, insbesondere in Österreich, in der Tschechoslowakei und in den durch das Versailler Diktat gewaltsam von uns getrennten Gebieten eine Vertretung im Deutschen Reichstage erhalten.

Der Reichstag wolle beschließen:

Zu anderen Verwaltungen übergetretene ehemalige Postbeamte, die den Wunsch haben, in den Dienst der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zurückzukehren, sind in dieser Verwaltung beschleunigt und vorzugsweise wieder einzustellen.

Änderungsantrag

zur zweiten Beratung der Ergänzung zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltplanes für das Rechnungsjahr 1925. Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds. Anlage 12, Kapitel 3 der fortdauernden Ausgaben.

Der Reichstag wolle beschließen, den Betrag von 700 000 Mark auf eine Million zu erhöhen.

Der Reichstag wolle beschließen:

die Reichsregierung zu ersuchen, im Benehmen mit den zuständigen wirtschaftlichen Organisationen, durch geeignete Maßnahmen, insbesondere durch Bereitstellung ausreichender und billiger Kredite die Wiederherstellung der vollen Leistungsfähigkeit unserer Privatschifferflotte zu betreiben, die als Mitträger des Güterverkehrs gegenwärtig für die deutsche Wirtschaft von besonderer Bedeutung ist.

Volksverseuchung

Auf dem Parteitag der Bolschewisten zu Berlin sprach ein 12jähr. Abgesandter des Jungspartakusbundes (mit langanhaltendem Beifall empfangen). Er sagte:

Genossen und Genossinnen! Ich möchte hiermit als Vertreter des Jungspartakusbundes dem 10. Parteitag der Kommunistischen Partei unsere Kampfesgrüße überbringen. Der Jungspartakusbund wünscht, daß der 10. Parteitag an Erfolgen reich sein wird. Wenn die klassenbewußten Arbeiterkinder eine Vertretung zum Kommunistischen Parteitag senden, so muß das einen Grund haben. Die Kämpfe der erwachsenen Arbeiter sind auch die Kämpfe der Proletarierkinder. Wenn unsere Väter leiden und streiten, müssen auch wir mitleiden und auch mitkämpfen. Die Siege der klassenbewußten Arbeiter sind auch die Siege der Arbeiterkinder. Deshalb beteiligen wir uns an den Veranstaltungen der Partei. Wir haben auch gesehen, daß der Jungspartakusbund seine in Weißenfels sich selbst gestellten Arbeiten in diesem Jahre sehr gut erfüllt hat. Er hat zu allen Veranstaltungen mit der Partei zusammengehandelt und hat am 1. Mai für den Achtstundentag, für die Amnestie und für alle Forderungen der Arbeiter gekämpft. Der Jungspartakusbund hat in den Schulen zu kämpfen gegen die reaktionären Lehrer und Direktoren. In Thüringen ist er verboten, weil er den Schulen über den Kopf gewachsen ist. (Bravo! Lebhafter Beifall!) Weil er es verstanden hat, die Arbeiterkinder für sich zu bewegen und gegen die reaktionären Lehrer zu kämpfen. In Bayern hat die reaktionäre Regierung den Jungspartakus überhaupt nicht groß werden lassen, sondern sofort im Keime erstickt. Dann haben wir in den letzten Tagen in der bürgerlichen Presse große Hetzartikel gegen uns gelesen. Dabei waren Bilder zu sehen mit der Unterschrift: „Die Kinder werden zu kommunistischen Zwecken mißbraucht." Das ist für uns eine Ehre. Darin sehen wir, daß wir wirklich gearbeitet haben (Bravo, Beifall!), daß wir wirklich des Namens Jungspartakusbund würdig sind. Wenn wir noch stärker werden wollen, wenn wir wirklich eine Massen-Arbeiterkinderbewegung werden wollen, müssen wir mehr die Unterstützung der erwachsenen Arbeiterschaft und besonders der Kommunistischen Partei haben. Wenn wir erst das haben, werden wir später der Kommunistischen Partei eine große Reservearmee sein, die dann die alten Genossen von ihren Posten ablösen und die Weltrevolution zum Ende führen wird. (Lebhafter Beifall! Händeklatschen!)

*

Die bürgerlichen Blätter werden vielleicht lachen über den Knirps und seine Reden. Aber nach 6 Jahren ist der heutige Junge ein junger Mann und unlöslich mit der K.P.D. verknüpft. Die Gefahr der Bolschewisierung der Jugend ist ungeheuer. Aber unsere „Nationalisten" denken an Kohle, Eisen, Holz und Papier, und werden später erstaunt mit dem Kopfe wackeln, wenn nach einer Reihe von Jahren nicht 2, sondern 8 Millionen Bolschewisten ihnen gegenüberstehen werden.

Die Berliner Besprechungen der Bankpräsidenten

Berlin, 15. Juli. Aus Washington wird gemeldet: Der „Philadelphia Public Ledger" weist auf die große Bedeutung der gegenwärtigen Berliner Besprechungen der Bankgouverneure Strong und Normann hin. Den jetzigen Berliner Besprechungen würden noch zahlreiche andere gleicher Art folgen, bis die Verhältnisse eine allgemeine definitive Stabilisierung erfahren hätten. D. h. bis die letzte Aussicht auf Freiheit [illegible] abgewürgt sein wird.

Austritt der Bayerischen Volkspartei aus der Reichsregierung?

München, 15. Juli. Zu dem Kampf gegen den Finanzausgleich hat der Landtagsabgeordnete Schäffer auf der diesjährigen Generalversammlung des Niederbayerischen Bauernvereins in Straubing erklärt, es sei bereits so weit, daß einzelne Länder, wie Anhalt und Dessau, sich in preußische Bezirksämter umwandeln lassen wollen. Man stehe jetzt vor dem Moment, wo man vielleicht aus der Koalition und aus der Reichsregierung austreten müsse, selbst auf die Gefahr hin, daß die Koalition und die Regierung auffliege. Die Selbständigkeit Bayerns fordere aber einen solchen Entschluß, wenn die Berliner Politik sich nicht ändere.

*

Ministerpräsident Dr. Held ist gestern abend nach Berlin abgereist. Er wird dort mit dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister, dem preußischen Ministerpräsidenten usw. über die Frage des Finanzausgleichs verhandeln, und außerdem am Freitag an der Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder über die außenpolitische Lage teilnehmen.

Auf falscher Fährte!

Ein Schwindelmanöver gegen die dritte Internationale

Kürzlich berichteten wir über die „antibolschewistische" Liga des Advokaten Aubert zu Genf. Wir fügten dieser Gründung das Bedenken an, es hier mit einer Irreführung zu tun zu haben, da uns bekannt war, daß die Debatte über die Judenfrage abgelehnt wurde. Man wollte also eine Krebsoperation durch eine Hühneraugenoperation vortäuschen.

Nun veröffentlicht die „Internationale Vereinigung gegen die Dritte Internationale" einen großen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

„Der Komintern ist ein offenkundiger Gegner des modernen Staates, dessen innere Sicherheit er ständig bedroht. In erster Linie schon dadurch, daß die kommunistische Partei jedes Landes durch ihren Beitritt zum Komintern zum absoluten Gehorsam Moskau gegenüber verpflichtet ist. Außerdem kann die Agitationssektion des Komintern ihr jederzeit revolutionäre Aktionen aufzwingen. Gefährlich sind ferner allen Staaten die Tätigkeit der G.P.U. (Tscheka), der Spionageorganisation „Moskauer Auge", der Bauerninternationale, der Internationalen Roten Hilfe für Revolutionäre, sowie die „Zellen", die von der Internationalen Roten Gewerkschaftsvereinigung organisiert werden.

Die dritte Internationale bedroht nicht bloß die innere, sondern auch die äußere Sicherheit aller Staaten. Durch zahlreiche auf der ganzen Welt unterhaltene Agenten ist sie über die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten gut informiert und trachtet diese möglichst ungünstig zu beeinflussen. Sie ist ein Feind des Völkerbundes und hat den Kommunisten befohlen, gegen die Ausführung des Dawes-Planes und gegen die Bemühungen des Völkerbundes, die auf eine endgültige Sanierung Österreichs und Ungarns abzielen, zu kämpfen. Sie war gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und hat in China Komplikationen zu schaffen gewußt.

Nur nach einem internationalen Plan kann der Widerstand gegen die dritte Internationale wirksam organisiert werden. Sie ist international eingestellt und organisiert. Ihr Exekutivkomitee kann der Generalstab der Weltrevolution genannt werden. Die sowjetischen Botschaften und Handelsmissionen in den verschiedenen Staaten betreiben im geheimen ihre bolschewistische Propagandatätigkeit. Dieser internationalen Wühlarbeit muß im Interesse der Erhaltung der sozialen Ordnung ein einiger Widerstand aller Staaten entgegengesetzt werden.

Aus den Absätzen in betreff des Völkerbundes im Zusammenhang mit Deutschland gehen wir wohl nicht fehl mit unserer schon früher geäußerten Vermutung, daß wir es hier mit einer freimaurerischen Organisation zu tun haben, die ganz bewußt den antibolschewistischen Kampf in ein falsches Fahrwasser lenken möchte. Im jüdischen Interesse wird getan, als ob man gegen den Bolschewismus kämpfe, nennt aber dessen eigentliche Führer nicht. Die ganze Sache ist also ein aufgelegter Betrug. Wir warnen alle deutsche Zeitungen (aber auch alle wirklichen Antibolschewisten) vor den Werbungen des neuen freimaurerischen Unternehmens.

Die Verhandlungen mit Polen

Berlin, 15. Juli. Aus Warschau wird gemeldet: Die polnische Delegation hat die deutsche Antwort auf ihre letzten Vorschläge in den strittigen wirtschaftlichen Fragen erhalten. Diese Antwort muß nunmehr der polnischen Regierung zur Begutachtung vorgelegt werden. In gut unterrichteten Kreisen in Warschau ist man der Ansicht, daß die Aussichten für eine Einigung mit Deutschland besser geworden sind.

Am Dienstag nachmittags wurde die „Kattowitzer Zeitung" wiederum von der polnischen Polizei beschlagnahmt. In diesem Falle erfolgte die Beschlagnahme wegen eines Artikels, der die deutsch-polnische Zollkriegsfrage behandelte und die Ueberschrift trug: „Es geht um Oberschlesien!" In dem Artikel wurde nachgewiesen, daß weder Deutschland noch die oberschlesische Industrie Schuld an der Entstehung des deutsch-polnischen Zollkrieges haben.

Frankfurt a. M., 15. Juli. Aus Warschau wird gemeldet: Nachdem sich gestern die Obstruktion während der Beratung des Agrargesetzes gelegt hatte, ist es heute wieder zu großen Lärmszenen gekommen. Die Ukrainer und Weißrussen hatten vorgeschlagen, daß die parzellierten Gründe der einheimischen Bevölkerung gegeben werden sollen; dieser Antrag wurde aber von der Mehrheit der polnischen Parteien abgelehnt. Es begann ein gewaltiger Radau, der an Stärke alle früheren übertraf. Alle Anträge, die bei der Verteilung der Ländereien auch eine Berücksichtigung der Minderheiten verlangten, wurden rücksichtslos von allen polnischen Parteien mit Ausnahme der Sozialisten abgelehnt, so daß das Gesetz tatsächlich auf die Polonisierung der Ost- und Westmarken unter weitgehender Verdrängung der Minderheiten, also auch der Deutschen, hinausläuft.

Der Funktionärbeschluß der Gas- und Wasserarbeiter

Berlin, 15. Juli. Die gestern Abend um 7 Uhr zusammengetretenen Gewerkschaftsfunktionäre der Gas- und Wasserwerke haben nach Entgegennahme der Berichte beschlossen, von einem sofortigen Streikbeschluß abzusehen und eine Kommission zu bilden, die neue Vorschläge ausarbeiten und die Verhandlungen weiterführen soll. Wie die „Telunion" hierzu erfährt, ist nunmehr nach dem Beschluß der Funktionäre ein Ausbrechen des Streiks zunächst nicht zu erwarten, vielmehr ist mit einer Weiterführung der Verhandlungen zu rechnen.

Der neue Oberbürgermeister von Kassel

Berlin, 14. Juli. Zum Oberbürgermeister von Kassel wurde der bisherige Regierungspräsident Dr. Stadler gewählt. Kassel ist seinen Scheidemann also endlich losgeworden.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Tschechoslowakei

Prag, 15. Juli. Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Vatikan sind endgültig abgebrochen worden.

*

Wir haben zu den bisherigen Konflikten zwischen dem Vatikan und der tschechischen Republik nicht näher Stellung genommen, weil es klar ist, daß Deutschland alle Ursache hat, in dieser etwas heiklen Frage sich zurückzuhalten, kann doch ein für oder wider sowohl unsererseits wie seitens unserer Parteigenossen im Sudetenlande große politische Konsequenzen nach sich ziehen. Nun der Konflikt endgültig ausgebrochen ist, können wir nicht mehr umhin, zu ihm Stellung zu nehmen. Anlaß zum Konflikt hatte bekanntlich die Tatsache geboten, daß anläßlich der Hußfeier die Vertreter der tschechischen Regierung offiziell an ihr teilgenommen hatten. Dies wurde von seiten des Nuntius Marmaggi als eine Provokation des Vatikans aufgefaßt. Er erhielt den Befehl, sofort zurückzukehren. Wenige Tage darauf verließ als Antwort darauf der tschechische Gesandte beim päpstlichen Stuhl Rom, um nach Prag zurückzukehren. Am 10. Juli hielten tschechische Nationalisten auf dem Wenzelsplatz zu Prag eine große Versammlung ab, auf der sie mit den hussitischen Fahnen erschienen waren. Alle tschechischen nationalen Blätter, zusammen mit den Sozialdemokraten, erklärten, die Feier des Johann-Huß-Tages sei ein nationaler Feiertag, die Abreise des päpstlichen Nuntius sei eine Provokation dem tschechischen Staate gegenüber und seinen nationalen Überlieferungen. Im Senat wurde betont, daß das Vorgehen des Vatikans eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen darstelle. Deutschland habe früher auch alljährlich Sedan gefeiert, der französische **Botschafter habe aber deshalb nicht die Beziehungen** mit der deutschen Regierung abgebrochen und Berlin verlassen.

So stehen sich die Anschauungen unversöhnlich gegenüber. Die Sachlage wird dadurch erschwert, daß die Christlich-Sozialen deutscher Nationalität jetzt in einen schwierigen Konflikt geraten sind. Einerseits stehen sie mit den übrigen Deutschen den tschechischen Vergewaltigungen feindlich gegenüber und haben sich innerlich einig erklärt mit der tschechisch-katholischen Partei die gegen Benesch und Masaryk Stellung nimmt, andererseits muß jeder Unbefangene auch unter ihnen zugeben, daß man einem Staate die Feier eines nationalen Heros nicht untersagen kann. Folgerichtiger Weise ist nach dem Vorfall in Prag damit die Möglichkeit gegeben, daß der päpstliche Nuntius in Berlin ebenfalls Deutschland verlassen könnte, falls die deutsche Reichsregierung (im Falle sie aus Protestanten bestünde) einmal offiziell an einer Lutherfeier teilnehmen sollte. Diese Konsequenzen sind natürlich untragbar und ebenso wie man protestantischerseits nichts dagegen einwenden darf, wenn die katholischen Minister ihre Heiligen feiern, ebenso muß erwartet werden, daß der Vatikan nationale Feiertage eines Volkes nicht als Provokation gegen sich auffaßt.

Die Abreise des Prager Nuntius ist natürlich nicht als plötzlicher Schritt aufzufassen, sondern als wohlüberlegter politischer Akt. Die Drohung mit dem Wahlfeldzug, die hinausgegeben wurde, um die Regierung Masaryk zum Einlenken zu zwingen, sprach eine unzweideutige Sprache.

Im übrigen interessieren uns die Schwierigkeiten der tschechischen Regierung nur insofern als sie eine Machtprobe zwischen dem Vatikan und der Freimaurerei (in der Tschechei nationalistisch) darstellen.

Amerika droht China

London, 15. Juli. Die „Morningpost" meldet aus Washington, daß die Vereinigten Staaten einen energischen Schritt bei der chinesischen Regierung unternommen haben, wobei die chinesische Regierung darauf aufmerksam gemacht worden ist, daß, wenn die Fremden in China nicht besser geschützt würden, und die Verträge nicht besser geachtet würden, China die Freundschaft der Vereinigten Staaten verlieren würde. Dieser unerwartete Schritt Amerikas ist durch die bolschewistische Propaganda Chinas hervorgerufen worden. Die Pekinger Regierung soll erklärt haben, China wolle die Verträge, die es mit fremden Mächten eingegangen sei, annullieren.

Frankreich sucht Freiwillige für Marokko

Paris, 15. Juli. General Naulin, der gestern von Painlevé empfangen wurde, wird seinen Posten in Marokko noch diese Woche antreten. Der Kriegsminister hat beschlossen, jetzt Freiwillige für Marokko anzunehmen.

Blutige Zusammenstöße bei der französischen Nationalfeier

Paris, 15. Juli. Anläßlich der Nationalfeier haben in Paris Schlägereien zwischen Polizei und Zivilisten stattgefunden, bei denen sechs Polizisten und fünf Zivilpersonen durch Messerstiche und Revolverschüsse verwundet wurden.

Spannung im Lager der Anhänger Nikolai Nikolajewitsch

(Drahtmeldung von unserem Pariser Vertreter.)

M. Paris, 15. Juli.

Anfang Juli fand in dem Schlosse des Prinzen Radziwill, Choigny bei Paris, wo Nikolai Nikolajewitsch seinen ständigen Aufenthaltsort hat, eine geheime militärische Beratung unter dem Vorsitz des Großfürsten selbst statt. Eigens zu dieser Beratung erschien aus Ungarn der frühere Oberkommandierende der russischen freiwilligen Armee, Generalleutnant A. Denikin. Auch fanden sich der jetzige Oberkommandierende der russischen, auf dem Balkan internierten Armee, Baron Wrangel sowie die Generale Kutepow, Lkomsky, Erdely, Schatilow u. a. ein.

Die Beratung fand unter Beobachtung des tiefsten Geheimnisses statt, wobei nur die allernächsten Anhänger Nikolai Nikolajewitschs in ihre Einzelheiten eingeweiht wurden.

Von Seiten der Zivilpersonen wurden zur Teilnahme an den Arbeiten dieser geheimen Sitzung herangezogen: der frühere Finanzminister Graf Kokowzow, Staatssekretär A. Trepow, der frühere Diplomat Giers.

Gleichzeitig traf der Vorsitzende des früheren „Obersten Monarchistischen Rats", Markow, aus Berlin in Paris ein.

Unter dem Vorsitz des Herzogs von Leuchtenberg, der aus Süddeutschland eingetroffen war, vollzog sich in Paris die Einigung aller Anhänger Nikolai Nikolajewitschs zu einem „nationalen Bündnis."

Die Mehrzahl der russischen Monarchisten sehen den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch als nicht berechtigt an, die russische monarchistische Bewegung zu führen, ihre Stellungnahme zu den Bestrebungen Markows und des Herzogs von Leuchtenberg ist eine streng ablehnende. Daß Nikolai Nikolajewitsch unter jüdischem Schutz steht, habe ich bereits gemeldet.

Bankerott der demokratischen Phrasen

Weh und Ach durchzieht den hebräischen daitschen Blätterwald! Mit der Demokratie (Dummokratie heißt sie längst bei Eingeweihten) in Frankreich geht es nicht mehr. Das Linkskartell ist tot, und der chauvinistische bloc national erhebt wieder grinsend sein Haupt. Wir haben nichts anderes erwartet! Der Franzose bleibt Franzose. Die Tünche hohler Friedensphrasen, sie hat schon 1914, bei Ausbruch des Krieges, 1919 beim Diktate des Friedens, 1923 beim Ruhreinmarsch, 1925 beim Marokkokrieg die eiserne Rüstung durchschimmern lassen. Niemals belehren ließ sich das deutsche Volk, das Charlatanen, wie den deutschen Pazifisten, Sozialverrätern wie den Marxisten und Völkerbundssklaven, wie den Demokraten immer wieder Gehör schenkte. Der Franzose fragt eben nicht, welcher Partei gehört eine Regierung an, er fragt, ob sie die Interessen des Vaterlandes und des kapitalistischen Imperialismus verteidigt. Und dieses durch und durch eindeutige Empfinden ist es, das Frankreich immer zäh zusammenhalten ließ, mag es auch oft durch hysterische Führer, Kriegshetzer und Militaristen an den Rand des Abgrundes gebracht worden sein! Am besten kennzeichnet die Lage in Frankreich die zionistische „Wiener Morgenzeitung":

„Die Demokratie und der Sozialismus versagen auf allen Punkten, weil sie nicht die innere Kraft des Widerstandes besitzen. Der französische Sozialismus tritt in den Winkel der Opposition und zwingt Männer wie Caillaux und Painlevé zum Kompromiß mit den Nationalisten, Royalisten und Militaristen."

Und der „Quotidien" schreibt melancholisch: „In der Nacht vom 12. zum 13. Juli hat die Kammer, der Ausgangspunkt des Kartells, mit 295 Stimmen gegen 228 das Kartell abgestoßen... Eine Ära ist abgeschlossen! Die Kammer vom 11. Mai 1924 ist nicht mehr die Kammer vom 12. Juli. Das Konzentrationsministerium, das etliche verlangten, man hat es nun! Die sozialistische Gruppe geht nicht mehr mit der Mehrheit! Der soziale Konservativismus des Senates beherrscht die französische Politik. Unter den Auspizien dieser neuen Politik wird Frankreich während der drei Monate parlamentarischer Ferien regiert werden. Es sei! Wir wollen abwarten!" — Die Sozialisten haben sich allerdings erst unter dem starken Drucke der eigenen Anhänger dazu entschließen können, aus dem Kartell in die Opposition zu treten. Die Sozialdemokraten haben den französischen Militarismus aufgepäppelt, sie haben nichts unternommen gegen den verruchten Ruhreinmarsch, sie haben letzthin erst die Marokkokredite stillschweigend akzeptiert. Die innere Lüge und Hohlheit mußte, von den französischen Nationalisten schamlos ausgebeutet, schließlich zusammenbrechen. Uns Deutschen aber kommt dieser Systemwechsel nicht unerwartet. Wir haben vor der Briandschen Politik gewarnt, weil ein Politiker sich nicht verändert und der Briand des Jahres 1917 der gleiche des Jahres 1925 bleiben muß. Die Rückwirkungen auf die Stresemannsche Sicherheitspakelei lassen sich zur Zeit nicht absehen. Der Geist Poincarés-la guerre ist am Quai d'Orsay wieder eingezogen, der Geist blinden Deutschenhasses, brutaler Gemeinheit, lügnerischer Verschlagenheit und scheinheiliger Friedensbeteuerungen. Die hebräischen daitschen Blätter wie die „Frankfurter", „Berliner Tageblatt" und „Vossische" verschweigen absichtlich die neue Gefahr, die für Deutschland heraufzieht. Es ist selbstverständlich, daß kein Deutscher dem Kabinett Briand-Painlevé trauen kann. Die heutige Kammermehrheit will offen Deutschlands Versklavung. Sie wird es in Kürze deutlicher zeigen!

Das Abwertungskompromiß angenommen

In der Sitzung am 14. Juli des Reichstages wurde zunächst der Gesetzentwurf über die Ablösung öffentlicher Anleihen beraten, bei dem die Sozialdemokraten beantragten, die Vorlage zur nochmaligen Beratung an den Aufwertungsausschuß zurückzuverweisen. Nachdem einige Redner gesprochen hatten, wurde diese Beratung unterbrochen und zu den zurückgestellten Abstimmungen zum Aufwertungsgesetz geschritten. Die sozialdemokratischen und völkischen Abänderungsanträge wurden durchwegs abgelehnt, das Kompromiß blieb aufrechterhalten. Ein sozialdemokratischer Antrag, der Sparkassenguthaben statt auf 12 auf 25 Prozent aufwerten will, wurde in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 178 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Ein Antrag Dr. Heinze (D. Volksp.), wonach die Reichsregierung weitere Vorschriften über die Gebühren und Kosten erlassen kann, wird mit 269 gegen 127 Stimmen auf dem Wege der Auszählung angenommen.

Der Rest des Aufwertungsgesetzes wird darauf in zweiter Lesung in der Kompromißfassung angenommen.

Hierauf wurde die Vorlage zur Ablösung der öffentlichen Anleihen weiterberaten. Es wird wieder beschlossen, die Abstimmungen erst am Schlusse der Sitzung vorzunehmen.

General Hsu nach Rußland abgereist

Berlin, 15. Juli. Der chinesische General Hsu, der sich in einer Studienmission in Deutschland aufhielt, hat am Dienstag Berlin verlassen, um sich nach Rußland zu begeben.

Deutsche Verkehrsausstellung

Eröffnung der Luftschiffahrtsausstellung

Eröffnung der Luftschiffahrtsausstellung. Am 15. Juli, 11 Uhr vormittags, wurde die Ausstellungshalle für Luftfahrzeuge feierlich der Deutschen Verkehrsausstellung übergeben.

Direktor Kehler, der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Luftfahrzeugindustrieller, eröffnete die feierliche Übergabe und betonte, daß diese Ausstellung eine deutliche Antwort auf die letzte unverschämte Note der Entente sei, eine Antwort, die zum Ausdruck bringen soll, daß diese ungerechten Bedingungen für uns unannehmbar sind und bleiben.

Staatssekretär Ritter von Frank, als Präsident der Ausstellung, äußerte sich im gleichen Sinne, wie der Vertreter der Industrie, und betonte, daß wir auch Ideen fördern müssen, nicht nur Interessen. Damit übernahm er die Luftfahrzeugausstellung offiziell in den Rahmen der Deutschen Verkehrsausstellung.

Staatsminister von Meinel dankte in kurzen Worten den Schöpfern der Ausstellung und gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß mit diesem wichtigen Teil der Schlußstein gesetzt sei für das ganze Ausstellungswerk. Trotz aller Ungunst der Verhältnisse durch die dauernde Bedrückung des Feindes sei unsere Flugzeugindustrie nicht zurückgeblieben. Wir dürfen uns auch weiterhin nicht entmutigen lassen. Im Auftrage der Reichsregierung und der bayerischen Regierung spreche er den Dank an alle Mitwirkenden aus, auch an die Wissenschaft, als der Erforscherin der Grundlagen für unsere in den kurzen Jahren nach dem Krieg bereits gemachten Fortschritte in der Flugfahrttechnik. Stolz ist Bayern, daß von ihm die ersten Pioniere der Luftfahrt stammen.

Über die Reichhaltigkeit und Gediegenheit der Luftfahrzeugausstellung, die wirklich mustergültig ist, werden wir ausführlich in unserer nächsten technischen Beilage berichten.

Bei dem anschließenden Frühstück im Hauptrestaurant des Ausstellungsparkes feierte insbesondere Bürgermeister Dr. Küfner den deutschen Fliegergeist. Nach dem Vortrag einer dichterischen Verherrlichung des unbesiegbaren deutschen Schaffensgeistes schloß das „Deutschlandlied“ die offizielle Feier.

Protest der bayer. Regierung und des Landtages

Im bayerischen Landtag kam es zu einer bedeutsamen Protestkundgebung der Regierung und des Landtages gegen die Art und Weise, wie bei der Regelung des Finanzausgleiches über die Lebensinteressen der Länder hinweggegangen wird.

Ministerpräsident Dr. Held legte außerhalb der Tagesordnung in scharfer Weise die Stellungnahme der bayerischen Regierung fest. Er habe die feste Überzeugung, daß, wenn nicht in den nächsten Tagen bestimmte Entschlüsse in den einzelnen Ländern gefaßt und der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht werden, eine unmittelbare Gefahr für die einzelnen Länder gegeben sei. Es handle sich im gegenwärtigen Augenblick darum, ob durch die Gestaltung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden nicht ein Zustand herbeigeführt werde, der den letzten Rest des Eigenlebens der Länder zerstört.

Nachdem der Ministerpräsident auf die bisherige Entwicklung der Überweisung der Steuern ausführlich eingegangen war, stellte er fest, daß die Reichsregierung die Länder nunmehr zurückschrauben wolle, von dem 90prozentigen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer auf 75 Prozent. Das bedeute eine ganz wesentliche Verminderung des Anteiles der Länder; außerdem wolle das Reich von der Umsatzsteuer, die auf $1\frac{1}{4}$ Prozent ermäßigt werden soll, den Ländern 35 Prozent geben. Vom 1. April 1926 ab soll eine weitere Kürzung dieses Anteils auf 30 Prozent eintreten. Außerdem solle den Ländern die Haussteuer zur selbständigen Ausschöpfung überwiesen werden. Der Ministerpräsident erklärte, daß es mit der Idee dieser Steuer nicht vereinbar sei, sie für allgemeine Staatszwecke ohne weiteres ganz in Anspruch zu nehmen. Es würde dadurch die Erfüllung der sozialen Aufgaben besonders auf dem Wohnungsmarkt unmöglich gemacht.

Die Länder haben alle Veranlassung, sich gegen diese Regelung mit Händen und Füßen zu wehren. Nicht nur die Finanzgebarung der Länder droht vollständig zu verprovinzialisieren, sondern man macht auch auf dem Wege einer besonders klug ausgedachten Reichsfinanzgebarung die staatliche Selbstständigkeit der Länder vollständig unmöglich.

Neben dem Finanzausgleich gehen andere Maßnahmen einher, die das gleiche Ziel verfolgen: die Zentralisation des Kreditwesens, durch das Reich, so daß auch auf diesem Gebiete die Gemeinden und Einzelländer die reinen Kostgänger des Reiches sind. Daß dabei die peripheren Länder von vornherein stets den Kürzeren ziehen, ist selbstverständlich. Wenigstens im letzten Jahre noch hat das Reich große Überschüsse erzielt und ohne Fühlungnahme mit den einzelnen Ländern über diese Überschüsse verfügt, selbst über solche Gelder aus diesen Überschüssen, die in das Gebiet der eigenen Zuständigkeit der einzelnen Länder gefallen wären. Das sind unhaltbare Zustände, und wenn die Dinge sich so weiter entwickeln, dann werden wir eines schönen Tages zur Provinz herabgesunken sein. Wir sind nicht gewillt, uns zur Provinz herabdrücken zu lassen, durch einen Finanzausgleich oder durch eine Kontrolle, wie sie uns angesonnen wurde.

Der Ministerpräsident fährt fort:

Ich möchte namens der bayerischen Regierung energischen Einspruch erheben gegen eine solche Art des Finanzausgleiches und der Kontrolle, und ich gebe der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß im letzten Augenblick noch die Reichsregierung und der Reichstag im eigenen Interesse des Reiches davon Abstand nehmen, solche Wege zu gehen. Unsere Politik hat hinlänglich den Nachweis geliefert, daß wir die letzten sind, die dem Reiche etwas davon nehmen, was das Reich braucht, um seine Existenz nach innen zu sichern, aber auch um eine vernünftige u. tatkräftige Außenpolitik betreiben zu können. Umsomehr aber haben wir das Recht, unsere Stimme zu erheben und Protest einzulegen gegen eine derartige Finanzgebarung, die den Ländern das Lebenslicht ausbläst, und damit das Reich in die größte Gefahr bringt.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Eine von dem Abg. Dr. Wohlmuth (Bayr. Volksp.) vorgeschlagene Entschließung, die von sämtlichen Parteien des Landtages mit Ausnahme der Kommunisten angenommen wurde, stellt auf Grund der Darlegungen des Ministerpräsidenten fest, daß selbst den bescheidensten und unabweisbarsten Bedürfnissen der Länder und Gemeinden durch den beabsichtigten Finanzausgleich nicht Rechnung getragen wird.

Der Landtag erhebt insbesondere energischen Einspruch dagegen, daß die Länder und Gemeinden zur Deckung ihres Finanzbedarfes auf die Steuerquellen aus der Umsatzsteuer und der Gebäude-Sondersteuer verwiesen werden sollen, obwohl die Umsatzsteuer bereits im Abbau begriffen und die Verwendung der Gebäude-Sondersteuer zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfes der Länder und Gemeinden in Widerspruch mit den Forderungen der Steuergerechtigkeit steht.

Französische Heldentaten

Koblenz, 15. Juli. Bei der gestrigen Nationalfeier der französischen Armee ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall. Polizeioberkommissar Breukmann, der auf einem Fahrrad die auf Befehl der interalliierten Rheinlandkommission aufgestellte Postenkette kontrollierte, fuhr an einer Armeefahne vorbei ohne zu salutieren. Der Kommissar wurde von dem Fahnenträger vom Rade gestoßen und mißhandelt. Wie verlautet, soll er mehrere Säbelhiebe erhalten haben. Französische Helden!

Erfolglose Bemühungen in London

tu. **London,** 15. Juli. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mitteilt, werden von der französischen und spanischen Diplomatie neue Anstrengungen gemacht, um England von der Notwendigkeit und den Vorteilen einer Intervention in Tanger zu überzeugen. Das englische Kabinett sei aber fest entschlossen, derartigen Anregungen nicht zu folgen. Außerdem sei die Haltung einzelner Alliierter in Ostasien nicht geeignet, ein Entgegenkommen auf einem anderen Gebiete zu empfehlen.

Abrüstungspläne

London, 15. Juli. Der englische Flottenbauplan für die nächsten fünf oder sechs Jahre wird heute im Kabinett beraten werden. Der Ministerausschuß hat unter dem Vorsitz von Lord Birkenhead sein Memorandum über die Frage des neuen Bauprogramms ausgearbeitet. Für die nächsten drei Jahre werden 19 neue Kreuzer gebaut. Die gesamten Mehrkosten belaufen sich auf fünf Millionen Pfund. Es ist anzunehmen, daß die Regierung schon heute zu einer Entscheidung kommen wird.

„Der Goj“

Wie sehr die Juden sich schon als Herren über die Nichtjuden fühlen, zeigt sich am besten in ihren „Witzen“ in denen sie höhnisch ihre Überlegenheit über die „Gojims“ feststellen. Der „Witz“, den sich der „Morgen“, die größte Wiener Judenzeitung, leistet, dürfte aber bis auf weiteres die Spitzenleistung jüdischen „Geistes“ auf diesem Gebiete darstellen; dies Blatt veröffentlichte unter der Rubrik „Guten Morgen“ folgende „Anekdote“:

„Der Erzbischof Dr. Kohn zelebrierte in einem Klosterort Steiermarks die Messe. Der Prior des dortigen Klosters, der auch Jude war, assistiert ordnungsgemäß seinem hohen Vorgesetzten, als dieser plötzlich bemerkt, daß auf dem Altar ein notwendiges Requisit fehlt; ganz unauffällig und leise schickt er den linksstehenden jungen Kaplan in die Sakristei, das Fehlende zu holen. Es vergeht eine Minute, noch eine Minute und noch drei Minuten, der Erzbischof weiß sich schon fast nicht mehr zu helfen und litaneiert endlos. Endlich reißt ihm aber die Geduld und er sagt leise zum Prior: Weiß Gott, wo der Goj so lang bleibt!“

Wir haben diesem jüdischen Geistesblitz, der insbesondere den Zentrumskatholiken doch einiges zu denken geben sollte, nichts hinzuzufügen und empfehlen ihn namentlich dem Herrn Kardinal Faulhaber zum Studium. Vielleicht berichtigt er doch noch seinen Standpunkt in betreff der jüdischen „Glaubensgenossen“ ...

Münchner Beobachter

Warum so schwerfällig?

Vom ersten Staatsanwalt Dr. Jaenicke erhalten wir auf unsere Zuschrift an ihn in Sachen Sulzenbacher folgenden Bescheid:

Sulzenbacher ist wegen der von Ihnen angezeigten strafbaren Handlung bereits durch Urteil des Schöffengerichtes München zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Damit ist aber die Sache nicht erledigt und die Staatsanwaltschaft wird gut daran tun, den Fall neuerdings aufzugreifen, einmal, weil durch unsere Veröffentlichungen der Nachweis erbracht ist, daß dem Untersuchungsrichter bei weitem nicht alle Straftaten bekannt geworden sind, die hier vorliegen und durch neue Zeugen erhärtet werden können. Dann aber ist ein Aufgreifen des Falles deshalb im öffentlichen Interesse unabweisbare Notwendigkeit, weil das eigentümliche Wohlwollen des Wohlfahrtsamts XII nach Sulzenbachers Dienstentlassung und Aburteilung doch geeignet ist, in den beteiligten Kreisen der Kriegsbeschädigten die Vermutung wachzuhalten und zu nähren, daß hier noch andere, der Staatsanwaltschaft bisher nicht bekannte Leute Dreck am Stecken haben. Es ist Pflicht, den Kriegsbeschädigten volle Klarheit darüber zu verschaffen, daß im Wohlfahrtsamt einwandfrei gearbeitet wird nach Entfernung des Sulzenbacher. Diese Klarheit erzielt man nicht durch eine lakonische Erklärung. Die glaubt heute im Zeitalter der „Dementis“ ein Kriegsbeschädigter überhaupt nicht, wenn er noch dazu weiß, daß Zeugen vorhanden sind, die über manchen Zusammenhang Neues und hier Ausschlaggebendes zu bekunden haben.

Wir halten deshalb unsere Angaben dem Staatsanwalt gegenüber aufrecht und verlangen nunmehr öffentlich die Wiederaufnahme des Verfahrens. Unsere Vertreter im Stadtrat bitten wir, daß sie in der zweckdienlichen Form die Sache neuerdings zur Grundlage eines energischen Vorgehens machen unter Bezugnahme auf unsere Veröffentlichungen. Wir erklären uns bereit, die nationalsozialistische Fraktion über das vorliegende Material zu unterrichten, dessen jetzige öffentliche Preisgabe vorerst unterlassen werden muß, um eine Verdunklung zu vermeiden.

Es gehört zum Gesicht unserer Zeit, daß man bei den selbstverständlichen Dingen drängen muß, bis ihnen endlich nachgegangen wird. Früher genügte die leiseste Andeutung. Allerdings hatte man früher auch ein peinliches, hochentwickeltes Reinlichkeitsgefühl. Heute wird zur Sensation, wenn sich dieses Reinlichkeitsgefühl unter dem Druck der Öffentlichkeit mühsam in Bewegung setzt.

Inwieweit die zentrümlich-marxistische Staatsauffassung auf die Bewegungsfreiheit des Reinlichkeitsgefühls (im Großen, geschweige denn im Kleinen!) beeinflußt ist, zeigt ja schon der Eiertanz um den Sumpf aller Sümpfe: Barmatsaustall. Große Sümpfe können nur entstehen, wenn man die kleinen nicht trocken legt, sondern um sich greifen läßt. hsj.

Die Abschiedsfeier für Se. Exz. den päpstlichen Nuntius Dr. Eugen Pacelli

München, 16. Juli. Am Dienstag abend fand im „Odeon“ zu Ehren des scheidenden Nuntius Dr. Pacelli eine vom Zentralkomitee der Münchener Katholiken veranstaltete Abschiedsfeier statt.

Die Feier selbst wurde durch Chöre des Domchores eingeleitet. Das Haus war bis auf den letzten Platz gefüllt. Zahlreiche Ehrengäste hatten sich eingefunden, u. a. Mitglieder des ehemaligen bayerischen Königshauses, Ministerpräsident Held. Die Minister Stützel, Oswald, Gürtner, Se. Eminenz Kardinal-Erzbischof Dr. Faulhaber, Exz. v. Kahr, Bürgermeister Scharnagl, Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, hohe Offiziere der Polizei und Reichswehr, zahlreiche geistliche Herren, Abordnungen der katholischen Studentenkorporationen, der Hochschulen usw.

Ministerpräsident Held dankte dem scheidenden Nuntius im Namen der Regierung und des ganzen (?) bayerischen (?) Volkes (?) und betonte, daß es zweifelhaft sei, ob man diese Versammlung als eine Festversammlung bezeichnen könne, vielmehr habe man Trauer im Herzen, gilt es doch Abschied zu nehmen von einem Manne, der während seiner siebenjährigen Tätigkeit in Bayern stets mit warmen Herzen sich des Volkes angenommen habe (?), der unermüdlich gewirkt habe zum Segen unseres Vaterlandes. („Nanu“.)

Kardinal-Erzbischof Dr. Faulhaber nahm das Wort zu seiner Rede, in der er ebenfalls auf die großen Verdienste Pacellis um die karitative Armenpflege, und um die gesamte katholische Kirche Bayerns hinwies.

Der Kardinal kam dann auch auf das Hamburger Urteil zu sprechen und betonte, wie sehr sich das kath. Volk von dem Urteil mitverurteilt fühlt, wonach die Katholiken Freiwild sein sollen. (Eine vollkommen falsche Auslegung!.) Er ermahnte, im Augenblick (also später sollen Aktionen kommen?) die Ruhe zu wahren, denn es sei ihm von amtlicher Stelle bekannt geworden, daß das offizielle Verfahren eingeleitet und das Urteil überprüft wird. Er habe die Überzeugung, daß die deutsche Justiz ein Urteil nicht unterschreiben wird, das die Kultur an den Galgen liefert.

Eingesandt

(Außer Verantwortung der Schriftleitung.)

Sonderbare Begriffe von Höflichkeit scheinen im neuen Polizeigebäude (Ettstraße), Einwohneramt, zu herrschen. Besonders Schalter 20—21 kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, hierin Besonderes zu leisten. Man muß sich unwillkürlich fragen, sind die Herren Beamten dort für das Publikum da oder umgekehrt. Ich rechne es der Jugend oder dem Hochmutsdünkel des betreffenden Beamten zu, der glaubt, mit dem Publikum treiben zu können, was er will. Es wäre angebracht, wenn die vorgesetzte Behörde hier nach dem Rechten sehen möchte und dem Betreffenden als Weihnachtsgeschenk das Buch „Knigges Umgang mit Menschen“ spendete. Simon Liebl.

Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, Landesgeschäftsstelle München, macht nochmals darauf aufmerksam, daß es Pflicht jedes erwerbslosen Angestellten ist, den Fragebogen zur Erhebung über Stellenlosigkeit der Angestellten am 16. Juli 1925, dem Stichtag, bei seiner Organisation oder, soweit es sich um unorganisierte Angestellte handelt, beim Städtischen Arbeitsamt München abzugeben. Soweit Zweifel bestehen, wende man sich an die Geschäftsstelle des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Kaufingerstraße 1/II, oder an das Städtische Arbeitsamt, München, Thalkirchner Straße 54.

Eine ganz bescheidene Anfrage an die Held-Stützel-Matt-Polizei!

Am Sonntag, den 12. Juli 1925, fuhren zwei vollgefrachtete Last-Automobile Judengarde Reichsbanner nach dem Osten, Richtung Rosenheim. An sich wäre das höchst gleichgültig, was uns interessiert ist lediglich, warum man 8 Tage vorher eine Abteilung Roßbachleute, die ebenfalls nach Rosenheim mit einem Lastauto fahren wollten, vom Auto herunter verhaftete.

Ortsgruppe Neubiberg-Perlach.

Sowjetbannerleute. Anläßlich einer Fahnenweihe in Utting am Ammersee wollte eine etwa 60 Personen starke Gruppe des hiesigen Reichsbanners auf Lastkraftwagen von München nach dort fahren. Die Reichsbannerleute, bei denen sich auch ein uniformiertes Trommlerkorps befand, führten neben einer großen Anzahl kleinerer Fähnchen auch fünf große entrollte Fahnen mit dem Reichsadler mit. Da es sich um einen nicht genehmigten öffentlichen Aufzug handelte, schritt Polizei ein und verbrachte Wagen und Teilnehmer zur Polizeidirektion, wo die Beteiligten nach Feststellung ihrer Namen entlassen wurden. Anzeige wird erstattet.

Wohnungsbauzuschuß für Gemeindebeamten. Stadtrat Fiebler (nationalsoz.) erinnerte, daß im Haushaltausschuß erklärt worden sei, es könnten mit 300 000 Mark sämtlichen Gesuchen um Arbeitgeberdarlehen stattgegeben werden, sonst hätte er einer Kürzung von 500 000 Mark auf 300 000 Mark für diese Zwecke nicht zugestimmt. Da nach inzwischen ihm zugegangenen Mitteilungen nicht alle Gesuche berücksichtigt wurden, bitte er die Angelegenheit nochmals in den Wohnungsausschuß zu verweisen. Die Verteilung der vorgesehenen 300 000 Mark wurde im Plenum des Stadtrates genehmigt, die übrigen Gesuche sollen im Wohnungsausschuß nochmals verhandelt werden.

Zur Auflösung der nationalsozialistischen Fraktion im Stadtrat

Nach der gestern von uns gemeldeten Erklärung der n.-s. Fraktion nahm die Sitzung ihren Fortgang.

St.R. Würz (B.V.) und St.R. Rosa (D.N.) lehnten die Genehmigung des Gesuches ab, da sie die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Ausscheiden aus dem Stadtrat nicht für gegeben erachten.

Der nationalsozialistische Stadtrat Fiehler gab folgende Erklärung ab: Ich habe in der geheimen Sitzung dafür gestimmt, daß dem Gesuch stattgegeben wird. Herr Kollege Dr. Meyer hat freiwillig eine Erklärung abgegeben, der zufolge er auf Wunsch von Adolf Hitler sein Mandat niederlegen wird. (St.R. Schramke, Soz., „als Jurist hätte er das vorher wissen sollen“.) Es ist sonst bei keiner anderen Partei als bei der N.S.D.A.P. der Fall, daß die Partei mit dem Führer unmittelbar verknüpft und in der Person des Führers verankert ist. (St.R. Deininger, Soz., „Die Wähler scheiden aus“.) Die Wähler haben mit dem Bewußtsein, daß die N.S.D.A.P. mit ihrem Führer Adolf Hitler unlöslich verknüpft ist, ihre Entscheidung getroffen, denn sie hatten davon durch die Presse Kenntnis, in der diese Erklärung seinerzeit veröffentlicht worden ist. Ich glaube deshalb, daß durch die Bewilligung des Gesuches auch dem Wunsch und Willen der Wähler Rechnung getragen worden ist. Sie (zu den Stadträten) haben jedoch das Gesuch abgelehnt und eine andere Entscheidung ist deshalb nicht mehr möglich.

St.R. Nußbaum (Soz.) sprach sich ebenfalls gegen die Austrittsgenehmigung aus, da durch eine solche die Voraussetzung hinfällig werde, unter der ihn die Wähler in den Stadtrat gewählt haben.

St.R. Huber (Komm.) steht auf dem Standpunkt, daß die Parteiziele gewählt werden und nicht die Person. Er ist daher der Ansicht, daß der Aufforderung der Partei Folge geleistet werden muß und stimmt für die Genehmigung des Gesuches.

St.R. Dr. Buckeley (N.S.): Ich möchte Huber widersprechen, nicht ein Programm, sondern eine Persönlichkeit wird vom Volk gewählt, und ich stimme daher gegen die Genehmigung.

Damit waren die Erklärungen erledigt. Das Gesuch Dr. Meyers wurde bereits in der vorangegangenen geheimen Sitzung abgelehnt.

*

Dazu ist zu bemerken, daß einmal Stadtrat Dr. Meyer ein Ehrenmann ist, da er eine eingegangene Verpflichtung als selbstverständlich verbindlich anerkennt. Zum andern ist zu sagen, daß ein solches charaktervolles Verhalten — im heutigen parlamentarischen Deutschland ungewohnt — natürlich kein Verständnis finden kann in Spießergehirnen. Mögen die Gründe, die Hitler zur Abberufung Dr. Meyers veranlaßt haben, sein wie immer: Der Abberufene hat bewiesen, daß er als Nationalsozialist denken und handeln kann. Um so mehr ist die Stellungnahme Dr. Buckeleys merkwürdig. Es versteht sich, daß möglichst immer tüchtige Persönlichkeiten an die Spitze einer Liste gesetzt werden. Nichtsdestoweniger werden diese Männer von einer Organisation dafür bestimmt, wie es auch bei Dr. Buckeley der Fall gewesen ist. Das scheint Dr. Buckeley aber — vergessen zu haben.

In welcher Form die Weiterarbeit stattfinden wird, wird nach der Rückkehr Adolf Hitlers entschieden werden.

Wetterbericht vom 15. Juli: Bewölkungsschwankungen, strichweise auch Niederschläge.

Letzte Nachrichten

Kein Kompromiß in der Frage der Agrarzölle.

tu. Berlin, 15. Juli. Über die Frage der Agrarzölle erfährt die „Telegraphen-Union“ von unterrichteter Seite: Die in den Berliner Zeitungen gebrachte Nachricht über eine Besprechung mit den Parteiführern im Reichsernährungsministerium in der Zollfrage entbehren jeder Grundlage. Es handelt sich offenbar um eines der Gerüchte, die im Laufe der letzten Tage verschiedentlich in die Welt gesetzt wurden. Tatsache ist, daß bisher eine tragbare Grundlage für ein Kompromiß in der Zollfrage sich nicht ergeben hat.

Aus dem Steuerausschuß des Reichstages.

tu. **Berlin,** 15. Juli. Der Steuerausschuß des Reichstages begann heute mit der zweiten Beratung des Einkommensteuergesetzes. Staatssekretär Dr. Popitz gab einen Überblick über die Steuerausfälle, die durch besondere Steuermilderungsbeschlüsse des Steuerausschusses eingetreten seien.

Vor dem Ende der Abwertungskomödie.

Berlin, 15. Juli. Die für heute nachmittags 3 Uhr angesetzte Vollsitzung des Reichsrates ist auf abends 7 Uhr verschoben worden, weil der Reichstag bis zu diesem Zeitpunkt das Aufwertungsgesetz in dritter Lesung erledigt haben dürfte.

Einstellung der Schiffahrt in Hongkong.

London, 15. Juli. In Hongkong ist die Schiffahrt nunmehr völlig eingestellt worden. Der Boykott der englischen und japanischen Waren greift immer weiter um sich.

Achtung!

Beteiligt Euch an unserer

Werbe-Woche!

(siehe Aufruf, Seite 4)

Unwahrhaftigkeit ist das einzige politische Kapitalverbrechen. Paul de Lagarde.

Eine Ausrede[1]

Von Alban Stolz.

Lauft ein Nachtwächter durchs Dorf und blast auf seinem Horn und schreit und singt, vorerst wieviel Uhr es sei an der Glock, dann als Zugabe einen christlichen Spruch und Vers oder wenigstens ein „Lobet Gott, den Herrn!“ Und keiner hat etwas dagegen: was Leute von Religion sind, die hören den Spruch gern; und was Leute sind, denen die Religion im Leib verfroren oder verwelkt ist, oder welche wie ein Kälblein ohne Religion aufgezogen worden sind, die haben meistens dicke Ohren, so daß ihnen ein religionsmäßiges Wort keine Beschwernis oder unruhige Gedanken mehr macht.

Wie ist der Gebrauch in eurem Dorf? Macht der Nachtwächter bei seinem Hahnengeschrei noch einen frommen Zusatz, oder haben sie es eingehen lassen? Wer in einem Ort schuld daran ist, daß die fromme Sitte in Abgang gekommen und der Nachwächter nur noch kurzab und maulfaul die Stunde herbrummt: gegen den habe ich verdächtige und ehrenrührige Gedanken. Muß doch selbst in der Türkei drin der Wächter, welcher vom Turm die Zeit anruft, allemal die Mahnung dran hängen: „Betet, betet! die Zeit geht schnell, das Gericht ist nahe!“ Und wenn so ein Wächter aus Liederlichkeit diesen Spruch weglassen wollte, käm' er übel an; denn auch dem Türk gilt die Zeit und ihr Anrufen für etwas Ernstes und Bedenkliches. Schöner noch und anmutiger als der Nachtigallengesang eines Nachtwächters habe ich im Schwäbischen die Zeit ankünden hören. Ich bin vor zwei Jahren von Heidelberg den Neckarfluß hinaufgefahren in die alte Stadt Heilbronn. Den andern Morgen stand ich mit andern Gesellen auf dem Marktplatz neben der Münsterkirche. Es war ein blauer, fröhlicher Sonntag; das Sonnenauge des Himmels strahlte silberig über Stadt und Flur; die Kanarienvögel an den Fenstern lärmten und jubilierten in der frischen Morgenluft, und gleichmäßig redete und lachte meine Kameradschaft. Auf einmal hörten wir ein ernstes, feierliches Blasen über uns, langsam, in schönen, vollen Tönen, wie wenn es vom Himmel herabschwebte. Da wurden alle still und schauten und hörten aufwärts. Sie haben nämlich in Heilbronn den edlen Gebrauch, daß alle Tage acht Zinkenisten vom Münsterturm herab die Melodei eines Kirchenliedes, oder, wie sie es heißen, eines Chorals, über die Stadt hin blasen nach allen vier Winden. Da werden die Leute in der Stadt erinnert, wie es im Lied heißt und was an der Zeit ist, alle Tage dreimal, morgens, mittags und abends. Und wie es mir ging, mag es vielen gehen: der Morgengruß von oben herab hat mir mächtig an das Herz getönt, und das Herz sendete wiederum seinen Gruß aufwärts, noch höher hinauf als der Turm reicht, zum Himmel, zu Gott hinauf. — Lasset die alte Sitte nicht ausgehen, ihr Heilbronner Silberschmiede und andern Zünfte, und werdet nicht so gemein und philisterhaft, wie es jetzt weit und breit aufkommt, daß ihr euch nur das Geld kosten lasset, was wieder Geld einbringt.

Aber was tun denn die Nachtwächter und türkischen Zeitausrufer und die Stadtzinkenisten von Heilbronn im Kalender, und warum werden sie vornen dran postiert, wie die Trommler und Pfeifer bei einem Regiment? Das will ich jetzt gleich merken lassen, was ich für Absichten dabei habe. Da kommt so ein Gescheiter und sagt: „Was ist das für eine Pietisterei und heillose Verkehrheit, in den Kalender hinein Religionssachen zu schreiben! In den Kalender gehören lustige Gespäße, daß einem der Bauch weh tut vor Lachen; oder nutzbare Erfindungen aus der Landwirtschaft, oder auch gemeinverständliche Belehrung über die Rechte des Volks und die kühnen Reden der Landesvertreter.“ So könnt' einer räsonnieren. Darauf geb' ich zur Antwort: Wenn der Nachtwächter und der Türk beim Ausrufen der Erdenstunden keinen Gespaß daran hängen und auch keine Lehr von sich geben, wie man die Wanzen vertilgen oder eine neue Ölfarbe bereiten könne, und auch keinen Paragraph aus der Gemeindeordnung und Verfassungsurkunde heruntersingen — und wenn die Heilbronner Posaunenbläser beim Anblasen der drei Tageszeiten keinen Walzer oder Hopser aufspielen: so wird sich ein Kalender, der 365 Tage, ein ganzes Jahr, eine Zeit ansagt, worin durchschnittlich bei vierzig Millionen Menschen sterben, auch noch getrauen dürfen, etwas Ernstes, etwas Religionsmäßiges dreinzugeben, statt der bisherigen Kalendermode nachzutrödeln, und nichts als Unterweisung, wie im Feld und der Handwerksstatt mehr Profit zu erjagen sei, und leere Kurzweil anzukleben. Der Mensch und seine Tage und sein Jahr ist keine Komödie, sondern, wenn man es recht bedenkt, etwas furchtbar Ernsthaftes und Bedenksames. Darum soll mein Kalender nicht nur Mond- und Sonnenlauf und Erdenzeit ansagen, sondern auch, welche Zeit es bei Gott ist, und wie es seinen Lauf bei der unsterblichen Seele nimmt. Die Religion gehört nicht nur in die Kirche, sie muß auch im Haus und auf der Gasse sich zeigen; und ein christliches Wort soll nicht bloß im Gebetbuch auf den Zehen zimpferlich einherschleichen und furchtsam lispeln, es soll auch im Kalender herzhaft Laut von sich geben; denn es hat sein gutes Recht dazu, und den ersten Sitz und die erste Stimme im Himmel und auf Erden ...

[1] Aus „[illegible]“, Herder-Verlag, Freiburg i. B.

Ruderei in schönen Klubbooten[1]

Wenn wir des Sonntags an den grünen Ufern uns hinsetzen, dann kommen jedesmal die braunen Klubleute vorbeigerudert. Sie genießen die grünen Ufer vom Wasser aus, und wir sehen es ihnen an, daß sie sich niederträchtig amüsieren, weil wir das Wasser vom grünen Ufer aus genießen müssen.

Ich möchte auch so ein Ruderer sein und in schönen Klubbooten vorbeirudern. Ich würde mich niederträchtig amüsieren über die Leute, die an den Ufern sitzen.

Nun bin ich ein Ruderer geworden. Ich sitze in schönen Klubbooten. Ich bin Nummer zwei und muß meinem Vordermann, welcher Nummer drei ist, fortwährend in den Nacken sehen. Wenn ich einmal zu früh oder zu spät mit meinen Skulls ins Wasser tauche, dann ruft der Steuermann im Bewußtsein seiner Vorgesetztenpflicht: „Nummer zwei, Augen im Boot!“ Dann muß ich wieder meinem Vordermann in den Nacken sehen. Ich muß die beiden Holmen mit ganzer Kraft an meine Brust ziehen, damit das Wasser ordentlich schäumt. Wenn an der Stelle, wo ich mit meinen Blättern aus dem Wasser komme, keine Schaumstrudel zu sehen sind, dann macht mich der Steuermann darauf aufmerksam, daß ich mich fester in die Holmen zu legen habe.

Wie soll ich mich dabei noch niederträchtig amüsieren können, weil ich in schönen Klubbooten fahren darf.

Ich habe mich auch zum Steuermann ausbilden lassen. Man hat mir das Bewußtsein meiner Vorgesetztenpflicht unter allen Umständen beibringen wollen. Ich wollte aber Steuermann werden, um nicht die Augen immerfort im Boot zu haben. Ich möchte die grünen Ufer vom Wasser aus genießen und mich niederträchtig amüsieren, wenn die Leute, die am Strand sitzen, das Wasser vom grünen Ufer aus genießen müssen.

Als ich zum erstenmal mich tüchtig ereifern will, da rufen gleich die Ruderer, und verlangen, daß ich die Augen im Boot behalte. Ich soll schnurgerade steuern; ich soll nichts verschenken, sagen sie. Und ich soll aufpassen, daß niemand ohne Schaumstrudel aus dem Wasser kommt.

Es war Nummer vier, der mir das sagte. Nummer vier sitzt direkt vor mir. Ich hatte den Eindruck, daß Nummer vier zu wenig Schaumstrudel machte, und ich sagte es ihm. Da machte er noch weniger Schaumstrudel und gab mir den Rat, mich einmal umzudrehen und nachzusehen, in welchen Zickzackwindungen unser Kielwasser verlaufe. Ich möchte doch gefälligst schnurgerade steuern.

Dann machte ich meinen Ruderern den Vorschlag, in jene himmlische Bucht einzubiegen und das Boot zwei Minuten lang lautlos gleiten zu lassen, was ich mir wunderhübsch vorstellte.

Da fragten sie mich, ob ich den Verstand verloren habe. Ich sei kein Sportsmann, wenn ich kein Interesse daran habe, die Fahne des Vereins in Ehren zu halten.

Wir bogen nicht in jene himmlische Bucht ein, sondern hielten die Fahne des Vereins in Ehren.

Ich möchte wieder an den grünen Ufern mich hinsetzen, wo die braunen Klubleute vorbeigerudert kommen. Ich möchte mir einbilden, daß sie die grünen Ufer vom Wasser aus tüchtig genießen und daß sie sich niederträchtig amüsieren, weil ich das Wasser vom grünen Ufer aus genießen muß.

[1] Aus dem Buche von Bruno Mannel „Geist der Zeit“, Helingsche Verlagsanstalt, Leipzig. Preis 2.— M.

Münchner Schauspielhaus

Gastspiel Hermine Körner.

Wiederum hat Hermine Körner den ganzen Scharm ihrer Persönlichkeit und übermütig sprudelnden Kunst an einer Aufgabe verwendet, bei der ihr reifes Können in geradezu sich überstürzender Weise, ich hätte beinahe gesagt, austoben konnte. „Lady Frederick“, Lustspiel in 3 Akten von Mangham, zeichnet sich bekanntlich nicht gerade durch zu üppigen künstlerischen Wert aus, jedoch bietet das Lustspiel genügend dankbare Momente, um den Zweck des Spiels zu erreichen: Berechtigten und beißenden Spott auf die verlogen-heuchlerische Prüderie der englischen Gesellschaft eines gewissen Zeitalters, das dem unseren durchaus nicht ferne ist. Herr Stoeckel gab uns wieder einen Mr. Paladine Fouldes von bester Klasse. In Heinz Rühmann sah man restlos den verliebten Geistesbeschränkten. Alle übrigen Spieler und ihre Leistung sind ebenfalls lobend hervorzuheben.

*

Münchner Kammerspiele. J. Jushnys Russisch-Deutsches Theater „Der blaue Vogel“ ist, vielfach geäußerten Wünschen folgend, zu einem kurzen Gastspiel nach München zurückgekehrt. Das Programm weist durchgehend neue Nummern auf. J. Jushny selber leitet sämtliche Aufführungen als Konferenzier. Der Beginn der Vorstellungen ist auf 10.15 Uhr festgesetzt. Premiere Freitag, den 17. Juli.

Mit Rücksicht auf das Gastspiel des „Blauen Vogels“ macht die Direktion der Kammerspiele besonders darauf aufmerksam, daß die Abendvorstellungen (Gastspiel Albert Steinrück und Doppelgastspiel Steinrück-Jacobsen) um 7.30 Uhr pünktlich beginnen. Die nächste Steinrück-Premiere findet Samstag, den 18. Juli, 7.30 Uhr, statt. Zur Aufführung gelangt Mirbeaus Lustspiel „Geschäft ist Geschäft“ unter Spielleitung von Rudolf Hoch.

*

Franz Liszt deutscher Abkunft. Der große Tondichter und Klavierkünstler Franz Liszt wurde bekanntlich in Raiding, also in dem urdeutschen Burgenlandl geboren, das Ungarn kraft des Friedensvertrages von Trianon an Deutschösterreich abtreten mußte. Seine Mutter, eine geborene Anna Lager, stammte aus Krems a. D., sein Vater stand als Gutsbeamter in Diensten des Fürsten Esterhazy. Nun kommt der Name Liszt, also List mit einem z zwischen s und t in der magyarischen Sprache sonst nicht vor. Die Vermutung lag daher von jeher greifbar nahe, daß Franz Liszts Vater ebenfalls deutscher Abkunft war und seinen Namen nur durch die Einschiebung des Buchstabens z magyarisieren wollte. Vielleicht aus Rücksicht auf seinen Brotherrn. So war es auch. Im Jahre 1923 suchte der als Leiter des Schulwesens in den Bezirk Pullendorf berufene Schulrat Benno Mangele Raiding auf. Ihn drängte es, das Taufbuch aus 1811 zu sehen. Da zeigte sich zu seinem Erstaunen die Eintragung des nachmals so berühmt gewordenen Raidinger Täuflings als Franz List, also in echt deutscher Schreibung. Es kann mithin keinem Zweifel unterliegen, daß wir Franz Liszt als einen vollblütigen Deutschen mit Stolz ansprechen dürfen.

Da fällt mir übrigens ein, daß ich vor vielen Jahren einmal in Budapest auf dem Waizen-Boulevard oberhalb eines bescheidenen Krämerladens auf dem Firmenschild las: Ciflmajor Janos. So gering auch meine Kenntnisse des Magyarischen sind, kam mir doch dieser Name höchst unmagyarisch vor. Ich hatte auch recht. Der Träger desselben war ein biederer Schwabe und hieß früher Johann Zipflmaier! Aus geschäftlichen Gründen aber verballhornte er seinen ehrlichen Vaternamen in Ciflmajor. J. St—g.

Aus der Bewegung

Sektionsversammlungen der Ortsgruppe München der N.S.D.A.P.

Sektion Schwabing. Am Donnerstag, den 16. Juli, spricht (in der „Blüte") Pg. Regierungsbaumeister Hemmerich aus Rosenheim. Thema wird noch bekanntgegeben.

An unsere Mitglieder richten wir die dringende Bitte, den Abend nicht zu versäumen und zahlreiche Gäste einzuführen. Das sommerliche Wetter, ob gut oder schlecht, darf den Besuch nicht beeinflußen. Ein Massenbesuch muß dem auswärtigen Mitglied und Mitkämpfer die Geschlossenheit und den Willen der Bewegung in München bekunden.

Außerdem Vorlesung einiger Gesänge aus der „Edda" durch Frl. Tuschoff. Neue Übersetzung von Dr. Klaus.

Aus Bayern und Reich

Öffentliche Versammlung in Kempten

Anläßlich des schwäbischen Vertretertages der N.S.D.A.P. am 19. Juli findet am Samstag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in der Kreuzstraße eine öffentliche Versammlung statt.

Es werden sprechen die Parteigenossen: Landtagsabg. Julius Streicher und Hermann Esser über „Die schwarz-weiß-roten Profitpatrioten: Sicherheitspakt, Hungerzölle und Aufwertungsschwindel."

Ortsgruppenführertagung

Kreis Schwaben und Neuburg und Bodenseegebiet

Am kommenden Sonntag, den 19. Juli, vormittags 10.30 Uhr, findet in **Kempten im Allgäu** im Parteilokal, **Kreuzstraße,** Ecke Kronprinz- und Lindauerstraße, eine **Ortsgruppenführer-Tagung** für den Bezirk Kreis Schwaben und Neuburg einschließlich dem Bodenseegebiet statt.

Sämtliche Ortsgruppen dieses Bezirkes werden zur Entsendung eines Vertreters zu dieser Tagung aufgefordert. Auf die Möglichkeit zur Benützung von Sonntagsrückfahrkarten wird aufmerksam gemacht.

Tagesordnung: 1. Bericht über die politische Lage. 2. Unser Kampf im Parlament und den Gemeinden. 3. Organisationsfragen. 4. Aussprache.

Adolf Hitler, der am Erscheinen verhindert ist, hat zu seiner Vertretung die Parteigenossen Hermann Esser und Julius Streicher bestimmt.

Auswärtige Parteigenossen, die schon am Samstag in Kempten eintreffen, können Quartier bekommen, und wollen sich bei Pg. Merkel, Hofösche, E 132, anmelden.

Die Parteileitung.

Ortsgruppe Freising, Kreisverband Niederbayern, hielt am 13. Juni ihre Juni-Verversammlung ab. P. Müller besprach in kurzen, aber leichtverständlichen Worten die Rassenfrage. Als Grundsatz stellte er auf: 1. Erhaltung der Rassenreinheit und 2. körperliche Ertüchtigung der Jugend. — Am 11. Juli sprach Landtagsabgeordneter Graf v. Seyboltstorff zunächst über die „Abwertung der Vermögen". Das Sachverständigen-Gutachten ist auf Betrug von oben aufgebaut; denn zuerst hat der Staat dem Volke gegenüber seine Schulden für null und nichtig erklärt, dann ihm das Sachverständigen-Gutachten aufgezwungen, und jetzt muß das Volk seinen Betrügern noch jährlich 2 Milliarden Goldmark zahlen. Dann ging der Redner zu seinem zweiten Vortrag über: „Warum verelendet das deutsche Volk im heutigen Staate, und was ist seine Rettung?" Bei der Behandlung der Arbeiterfrage sagte der Redner, daß es leichter ist, einen Arbeitnehmer national als einen Arbeitgeber sozial zu machen. Für beide Vorträge wurde dem Redner lebhafter Beifall gezollt.

Ortsgruppe Straubing. Am 7. Juni fand sich die Ortsgruppe Straubing der N.S.D.A.P. zu einem Sprechabend, der eine ganz besondere Bedeutung dadurch erhielt, daß der Führer der niederbayerischen Nationalsozialisten, Reichstagsabgeordneter Straßer aus Landshut, anwesend war. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Oberlindober ergriff Straßer das Wort. In spannenden Worten zeichnete er die heutige Weltlage. Klar und deutlich hob er die schwere Lage des deutschen Volkes hervor, das heute in der Gefahr sei, den letzten Freiheitswillen zu verlieren und dumpfer Verzweiflung anheimzufallen. Seine Worte waren eine ernste Mahnung an alle Deutschfühlenden, heute mehr denn je und unermüdlich zu arbeiten, damit einst wieder ein freies, würdiges, deutsches Vaterland erstehen könne. Seine Worte werden manchem Anwesenden zum geistigen Rüstzeug geworden sein.

Ortsgruppe Dorfbach. Am Freitag, den 10. Juli, rief die Ortsgruppe Dorfbach die Bauern zu einer Versammlung zusammen. Herr Dipl.-Landwirt Himmler, Landshut, sprach über „Des Bauern Elend und Rettung". In leichtfaßlichen Ausführungen zeigte der Redner die planmäßige, fortschreitende Enteignung des bäuerlichen Besitzes als ein Glied in der Ausplünderung des ganzen deutschen Volkes durch den Juden.

Aufmerksam lauschten die Zuhörer. Großen Beifall spendeten sie am Schlusse dem Redner. Das Samenkorn ist auf guten Boden gefallen. Möge es blühen und gedeihen zum Wohle unseres geknechteten Vaterlandes!

Ortsgruppe Mengede. Am Sonntag, 21. Juni, tagte in Mengede, Lokal Kaffsack, eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Eine Verleumdungsaktion einzelner unverantwortlicher Genossen gegen den Ortsgruppenleiter Franz Land hatte Unstimmigkeiten hervorgerufen. Um die Sache endgültig zu schlichten, hatte die Ortsgruppe ihren Bezirksleiter, Gen. Dr. Hurlbrink eingeladen. Eine Aussprache ergab die völlige Haltlosigkeit der Verleumdungen. Der Bezirksleiter, Gen. Dr. Hurlbrink, dankte dann dem Ortsgruppenleiter Franz Land für seine Verdienste und legte jedem einzelnen warnend ans Herz, weitere Verleumdungen zu unterlassen. Dann wurde Pg. Otto Tertocha als Ortsgruppenleiter eingesetzt. Eingesetzt wurden: als Schriftwart Pg. Franz Land, als Kassenwart Pg. Georg Horst, als Ersatzmänner für den Ortsgruppenleiter Pg. Fritz Bartschat, für den Schriftwart Pg. August Schulte und für den Kassenwart Pg. Bernhard Köhler. Darauffolgend hielt der Bezirksleiter, Dr. Hurlbrink, einen Vortrag über den Nationalsozialismus. Anschrift des Vorstandes: Ortsgruppenleiter Otto Tertocha, Nette, Wilhelmstr. 10; Schriftwart: Franz Land, Mengede, Bismarckstraße 3; Kassenwart: Georg Horst, Nette, Melanchtonstr. 36.

Gau Hessen-Nassau-Nord, Ortsgruppe Speckswinkel. Am Mittwoch, 8. Juli, hielt unsere Ortsgruppe ihren ersten Sprechabend ab, in dem unser Gauführer, Dr. Schultz, über das Thema sprach: „Was will Adolf Hitler." Der Erfolg des Abends waren mehrere Neuanmeldungen. Unsere Ortsgruppe hält jetzt regelmäßig jeden ersten und dritten Freitag im Monat einen Sprechabend ab.

Ortsgruppe Bernburg. Mit der Führung der Bewegung in Anhalt wurde Herr Dr. Schmischke betraut. Sämtliche Ortsgruppen Anhalts haben sich, soweit noch nicht geschehen, mit dem Geschäftsführer, Herrn Hauptmann a. D., Loeper, Dessau, Friedrich-Schneider-Straße 71/1, ins Benehmen zu setzen. Der Führer der Ortsgruppe Bernburg ist nach wie vor Pg. Hölzke.

Die Parteileitung.

Ortsgruppe Kiel. Versammlung an jedem 1. und 3. Freitag eines jeden Monats im Seemannshaus, Flämische Straße. — Freitag, den 17. Juli, Vortrag des Herrn Pikel: „1000 Jahre Rhein".

Zittau. Am 17. Juli, Freitag, Sprechabend 8.30 Uhr. Pg. Anton Goß spricht über „Wesen, Grundsätze und Ziele des Nationalsozialismus". Gäste und Freunde der N.S.D.A.P. mitbringen!

Weinböhl bei Dresden. Am 16. Juli, Donnerstag, findet Mitgliederversammlung im Gasthof „Zum Stern" statt. Erscheinen der Mitglieder unbedingt notwendig zwecks Neuordnung der Gruppe. Pg. Goß spricht über die N.S.D.A.P. und über die allgemeine politische Lage. Meldungen werden am Sprechabend oder in der Geschäftsstelle, Mathildenstraße 21, Erdgeschoß entgegengenommen. Das Kampfblatt Adolf Hitlers ist der „Völkische Beobachter". Verbreitet es mit allen Mitteln!

Der Terror gegen die Wahrheit

In Hohenstein-Ernstthal (Sachsen) wurde Pg. Willi Schöller, Mitglied der N.S.D.A.P. Glauchau, als er sich vom „Deutschen Tag", der in dieser roten Hochburg stattfand, heimbegeben wollte, nachts von roten Wegelagerern überfallen und mit Salzsäure im Gesichte schwer verbrannt! Am gleichen Abend wurde Pg. Kurt Reimann aus Chemnitz, als er auf Quartierposten stand, von einer roten Horde überfallen und niedergeschlagen. Diese neue Methode der Marxisten wird uns von verschiedenen Seiten gemeldet! Wir bedauern jene Arbeiter, die sich von hebräischem Führergesindel zu solchen Roheiten gegen ihre Volksgenossen aufstacheln lassen und dann vor Gericht die Zeche bezahlen müssen, während der Jud in den roten Blättchen bei einer dicken Zigarre Zeter und Mordio über „Klassenjustiz" schreit, wenn einen der Übeltäter die gerechte Strafe ereilt! Hier ist unaufhaltsame Aufklärung, nicht Kampf gegen die rot organisierte Arbeiterschaft erste Pflicht jedes Nationalsozialisten! Wer die Wahrheit fürchtet, richtet sich selbst. Und die Wahrheit läßt sich nie und nimmer niederknüppeln!!

Gau Groß-Berlin

Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilmersdorf, Kaiserallee 172. Sprechabende finden statt:

Bezirk I, (Mitte) jeden Montag um 8¼ Uhr im Wöhlertsgarten, Inhaber Franke, Pflugstraße 9.

Bezirk II, (Tiergarten) jeden Dienstag um 8 Uhr im „Landsknecht" Havelberger Ecke Stephanstraße am Stephanplatz.

Bezirk III, (Wedding) jeden Freitag um 8 Uhr im Lokal „Altes Storchnest", Wöhlertstraße 1.

Bezirk IV, (Prenzlauer Berg) jeden Dienstag 8½ Uhr bei Kunze, Metzerstraße 26.

Bezirk V, (Friedrichshain) 8 Uhr bei Schreiber, Küstrinerplatz 10, jeden Freitag.

Bezirk VI, (Hallesches Tor) Ortsgruppe Gneisenau: jeden ersten und dritten Montag um 8½ Uhr bei Holleuffer, Yorkstraße 86. Ortsgruppe Kreuzberg: jeden Freitag um 8 Uhr bei Krüger, Trebbinerstraße, Ecke Tempelhofer Ufer.

Bezirk VII, (Charlottenburg, Jungfernheide, Plötzensee) jeden Montag um 8 Uhr im Lokal „Zum goldenen Hahn", Charlottenburg, Berlinerstraße 85.

Bezirk VIII, (Spandau, Staaken, Heerstraße, Pichelsdorf, Pichelswerder, Gatow, Kladow) jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat im „Roten Adler", Spandau, Potsdamerstraße 6 um 8 Uhr.

Bezirk IX, (Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald) Ortsgruppe Wilmersdorf: jeden Montag um 8½ Uhr im Lokal Heinrich, Wilmersdorf, Kaiserallee 159. Ortsgruppe Halensee: jeden Donnerstag um 8½ Uhr im Lokal Lorenz, Gervinusstr. 25, Ecke Holtzendorffstraße.

Bezirk X, (Zehlendorf, Dahlem, Nikolassee, Wannsee, Schlachtensee) jeden Freitag um 8.30 Uhr bei Sachse, Schlachtensee, Viktoriastr. 37.

Bezirk XI, (Schöneberg, Friedenau) Ortsgruppe Schöneberg, jeden Freitag um 8.30 Uhr im Lokal „Burghof", Schöneberg, Hauptstr. 85. Ortsgruppe Friedenau jeden Donnerstag 8.30 Uhr im Lauterplatzkasino, Lauterplatz.

Bezirk XII, (Steglitz, Lichterfelde, Lankwitz, Südende) jeden Dienstag um 8½ Uhr im Lokal „zur Hütte", Steglitz, Plantagenstraße, Ecke Albrechtstraße.

Bezirk XIII, (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade, Buckow) Ortsgruppe Mariendorf, jeden 2. und 3. Freitag im Monat, 8½ Uhr, im Lokal Treppens, Mariendorf, Dorfstraße 35.

Bezirk XIV, (Neukölln) jeden Dienstag um 8 Uhr bei Kock, Fuldastraße 8.

Bezirk XVII, (Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Biesdorf, Marzahn, Hellersdorf mit Wuhlheide, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Wuhlgarten) Ortsgruppe Lichtenberg: jeden Freitag im Monat 8 Uhr, in Lichtenberg in dem Lokal in der Skandinavischen Straße.

Bezirk XIX, (Pankow, Niederschönhausen, Rosenthal, Blankenfelde, Buchholz, Buch, Heinersdorf, Blankenburg, Karow) jeden Montag um 8 Uhr bei Schümann, Pankow, Kreuzstraße, Ecke Wilhelm Kuhrstraße.

Bezirk XX, (Hermsdorf, Frohnau, Heiligensee, Reinickendorf West und Ost, Wittenau, Lübbars, Tegelort, Tegel) jeden Donnerstag um 8 Uhr im Lokal Hamuseck, Tegel, Hauptstraße 5.

Turnen und Sport

Deutschvölkischer Turnverein München e. V., im Deutschen Turnerbund (1919)

Gleich allen anderen Vereinen des Deutschen Turnerbund (1919), gestaltete auch der Deutschvölkische Turnverein München seine Sonnwendfeier zu einer Jahrtausendfeier der Rheinlande. Auf Anordnung der Bundesleitung loderten in allen deutschen Landen die Sonnwendfeuer der Bundesturnvereine am 20. Brachmond (Juni) um die gleiche Stunde zum Himmel empor, auf diese Weise ein geistiges Band der Eintracht und des gleichen Wollens und Strebens bildend. Fleißige Turner hatten am Nachmittag des 20. Brachmond den mächtigen Holzstoß in Großdingharting errichtet, der im Augenblick des Anmarsches der Turner und Turnerinnen bereits in hellen, lichten Flammen stand. Ein Feuergebet, gesprochen von Turnbruder Hierning, leitete die Feier ein. In markigen Worten hob dann der Obmann Turnbruder Prof. Lang in seiner Feuerrede Sinn und Bedeutung des alten Brauches des Sonnwendfeuers hervor und gedachte der deutschen Not, die uns in den Tagen der rheinischen Jahrtausendfeiern mehr denn je zum Bewußtsein kommt. Die herrlichen, andächtig angehörten Worte des Sprechers klangen in das Lied „Wenn alle untreu werden" aus, dessen letzte Verse von der Turnerschar mit zum Schwur erhobener Hand gesungen wurden. „Wir wollen das Wort nicht brechen . . ." Vaterländische Lieder schallten noch lange in die dunkle Nacht hinaus. Ein fröhliches Feuerspringen, bei dem jeder Springende einen deutschen Spruch sprechen mußte und ein Reigen um das Sonnwendfeuer hielt die Turnerschar bis zum vollständigen Niederbrennen des Feuers beisammen. Mit der „Wacht am Rhein" wurde dann die Feier beschlossen und mit fröhlichem Sing- und Sang ging's im flotten Marsche über Grünwald heimwärts. Die Ortsbevölkerung von Großdingharting hat in großer Zahl an dieser Feier teilgenommen, so daß diese ein gut Teil von dem, was uns beseelt und was wir wollen, mit nach Hause nehmen konnte.

Der deutschvölkische Turnverein München kann auf eine würdige Sonnwendfeier zurückblicken, und es bliebe nur zu wünschen übrig, daß an den Bestrebungen dieses Vereins mehr Anteil als bisher genommen wird. Heil!

Der Turnrat.

Warnung des A.D.A.C.!

In dankenswerter Weise wurde vom Staatsministerium des Innern die Straße München—Starnberg neu hergerichtet und dem öffentlichen Verkehr übergeben. So begreiflich es ist, daß Kraftrad- und Kraftwagenfahrer diese Straße in Bayern, die als die erste nach den straßenbautechnischen Neuerungen hergerichtet worden ist, mit besonderer Vorliebe befahren, so selbstverständlich und ein Gebot der Disziplin und der Verkehrssicherheit ist es, daß alle Kraftrad- und Kraftwagenfahrer, die diese Straße München—Starnberg benutzen, sich nicht dazu hinreißen lassen, ein Tempo anzuschlagen, das die Verkehrssicherheit gefährdet. Der A.D.A.C. hält es für seine Pflicht, alle Kraftrad- und Kraftwagenfahrer, die diese Straße befahren, ernstlich zu ermahnen, über die normale Geschwindigkeit nicht hinauszugehen. Es hat auch für die Fahrer und Mitfahrer einen weitaus größeren Reiz und landschaftlichen Genuß, wenn gerade auf dieser vorzüglich hergerichteten Straße München—Starnberg in mäßigem Tempo gefahren wird. Alle Kraftrad- und Kraftwagenfahrer sind es der sportlichen Disziplin und der Verkehrssicherheit schuldig, diese Mahnung des A.D.A.C. unbedingt zu befolgen.

Es ist aber auch mit aller Entschiedenheit zu fordern, daß die Radfahrer sich an die Verkehrsordnung halten. Neben der Straße im Forstenrieder Park ist ein Radfahrweg, der sich zirka 15 bis 20 Meter von der Straße entfernt direkt am Waldessaum hinzieht. Die Radfahrer bringen sich selbst um den Genuß der Fahrt, wenn sie nicht diesen für sie bestimmten Weg benutzen.

Wenn alle die neue Straße München—Starnberg befahrenden Gefährte — nicht zuletzt auch die Pferdefuhrwerke und Lastwagen — sich ohne Ausnahme an die Verkehrsbestimmungen mit aller Gewißheit halten, dann werden alle beteiligten Kreise die großen Vorzüge dieser neuen Straße ohne Gefahr für sich und die Mitmenschen genießen können.

Handel und Volkswirtschaft

Italiens Inflationswahn

Die italienische Wirtschaft weist schon seit längerer Zeit die Symptome einer Inflationskonjunktur auf. Dem Fremden, der aus einem Lande mit stabilisierter Währung kommt, drängt sich dieser Eindruck sofort mit größter Deutlichkeit auf; italienischen Wirtschaftskreisen selbst ist die Bedenklichkeit dieses Zustandes noch nicht völlig klar geworden. Man läßt sich dort unten, genau wie früher bei uns, durch den hohen Beschäftigungsgrad der Industrie, den reißenden Absatz und die günstigen Ziffern des Fracht- und Seeverkehrs über die Tatsache hinwegtäuschen, daß eine solche äußerlich günstige Entwicklung nur auf dem Boden einer kranken Währung vor sich gehen kann, daß nur die ständig fortlaufende Entwertung der Valuta durch immer wieder sich erneuernden Exportanreiz die Weltmarktkonkurrenzfähigkeit ermöglichte. So sieht der Italiener nur die Blüte des industriellen Lebens und übersieht die Krankheit der Währung, die diese Blüte erst ermöglicht.

Die Lirawährung hat im Laufe des Jahres 1924 etwa 10 Prozent ihres Wertes eingebüßt und ist seit Beginn des Jahres 1925 wiederum um fast 16 Prozent gefallen. Es mag richtig sein, daß das Staatsbudget in Ordnung ist, daß die schwebende Schuld eine Verminderung erfahren hat und daß der Banknotenumlauf zurückgeschraubt werden konnte. Aber diese Tatsachen haben den Lirakurs nicht festigen können; auf kurze Perioden einer vorübergehenden Stabilität und gelegentliche kleine Erholungen ist immer sehr bald wieder ein Nachgeben gefolgt. Nun soll der neue Finanzminister kraft seiner Persönlichkeit eine Änderung der Sachlage herbeiführen. Es wird sich bald zeigen, ob dies der Fall ist.

Die Gründe für die italienische Inflation liegen in der internationalen Goldlage und in den Absichten der Hochfinanz. In zweiter Linie in der undurchsichtigen Zahlungsbilanz und vor allem in der Tatsache, daß das große Problem der interalliierten Schulden an Amerika immer noch der Lösung harrt. Dieses gespenstische Problem, dessen Aufrollung heute die italienische Zahlungsbilanz wie so manche der sogenannten „Siegerstaaten" glatt über den Haufen werfen würde.

Es ist nur zu klar, daß die ganze italienische Hochkonjunktur auf tönernen Füßen steht, daß sie eine ausgesprochene Inflationskonjunktur ist. Der beste Beweis dafür ist ein Vergleich der Indizes: während Ende Mai der Lebenshaltungsindex sich um 625 herum bewegte, stand der Lohnindex auf 510. Diese 20 Prozent Lohnersparnis bedeutet für die Industrie eine Produktionskosteneinsparung gegenüber den Industrien anderer Länder und ermöglicht konkurrenzlose Preisstellungen. Daß sie auf Kosten der Inlandskaufkraft geht, vergißt man nur zu leicht, wie ja überhaupt die Mentalität inflationistischer Nationalwirtschaften immer nur die nächste, äußerlich blühende Zukunft sieht, ohne an das Erwachen aus diesen Träumen zu denken. Dieses Erwachen wird auch für Italien einmal kommen müssen, und das Ende der Entwicklung wird ähnlich sein, wie es für die ausgepowerten Nationalwirtschaften war, an deren Siechtumslager der große Gläubiger als Testamentsvollstrecker stand.

*

Aus Mailand wird berichtet: Die Ernennung des Grafen Volpi zum Finanzminister hat an der Börse eine günstige Stimmung hervorgerufen. Die Staatspapiere zogen weiter an. Man vermutet, daß eine Herabsetzung des Diskontsatzes erfolgen wird. Wenn auch Italien in seiner jetzigen Finanzlage zu dem Mittel greift, das Frankreich versucht, wird es unter den augenblicklichen Verhältnissen bald die gleichen Erfahrungen machen, die man den Franzosen prophezeit.

Der Kampf um die Aufwertung

Im Verlauf des letzten Großkampftages um die Aufwertung im Reichstag ergriff unter allgemeiner Spannung Abg. Dr. Best das Wort; er erklärt, mancher ehrliche Mann habe es für unmöglich gehalten, daß unter der dritten Steuernotverordnung der Begriff des Rechtsstaates in so furchtbarer Weise Schiffbruch habe leiden können. Im Augenblick des größten Tiefstandes der Wirtschaft wolle man die Höhe der Aufwertung feststellen; der Gläubiger aber solle warten bis zum Jahre 1933. Mit Argumenten der individuellen Aufwertung könne man den Gläubigern keine Hilfe bringen. Wo das Großkapital Schuldner sei, wolle man Prozesse nicht führen, sondern nur dort, wo es Gläubiger ist. Wegen der Hypothekengläubiger dürften keine Prozesse geführt werden. Wenn im Ausschuß behauptet werde, das Ausland sehe nicht auf Ehrlichkeit, sondern nur auf die Schulden, so habe er zahllose Briefe erhalten, die das Gegenteil bekundeten. Eine Regierung, die eine derartige Politik treibe, werde im Ausland keinen Kredit erhalten. Die dritte Steuernotverordnung sei als ein ungeheurer Rechtsbruch anzusehen. Im neuen Gesetzentwurf seien eben die neuen Grundlagen enthalten, mit nur ganz geringen Änderungen. Lediglich den Satz von 15 v. H. habe man auf 25 v. H. hinaufgesetzt. Die Verbesserungen wurden wieder verschlechtert durch neue Zusätze, so z. B. sei eine mögliche Hinausschiebung des Zahlungstages vom Jahre 1932 auf das Jahr 1938 vorgesehen. Was nütze da die Heraufsetzung um 10 v. H. Auch die Rückaufwertung lasse zu wünschen übrig, denn sie solle nur bis 1. Juli 1922 stattfinden.

Wenn Redner vor die Wahl gestellt würde, zu wählen zwischen dem neuen Gesetz und der dritten Steuernotverordnung, so würde er ohne Bedenken zur letzteren greifen, wenn ihr nicht die verfassungsfälschenden Durchführungsverordnungen beigefügt worden wären.

In unerhörter Weise sei von den Kompromißparteien die Kaufgeldverordnung verschandelt worden. Das werde die Wirkung haben, daß die 375 000 noch in ausländischem Besitz befindlichen Häuser nicht höher aufgewertet werden können als zu 1 oder 1½ v. H. Das geschehe nur, damit die paar inländischen Interessenten gute Geschäfte machen könnten. Auch bezüglich der öffentlichen Anleihen versage das neue Gesetz. Die Denkschrift des Reiches nehme dazu einen sehr merkwürdigen Standpunkt ein.

*

In diesen Tagen soll die Entscheidung über die Aufwertung der alten Anleihen fallen. Anleihebesitzer, die ihre Anleihen erst nach dem 1. Januar 1920 gekauft haben, im Vertrauen darauf, hiermit doch wenigstens einen Teil ihres Vermögens aus den Inflationsstürmen zu retten, sollen mit 2½ Prozent Austauschanleihen abgefunden werden, die erst nach Erledigung der Dawes-Verpflichtungen, also nach etwa 35 Jahren, verzinst werden. Unter der Annahme, daß die Austauschanleihe nach 35 Jahren auf pari steht, also volle $2^1/_2$ Prozent des Nominalwertes der alten Anleihen erbringt, was noch keineswegs sicher ist, ergibt die Nachrechnung, daß diese Ersatzanleihe einen Gegenwartswert besitzt von 0,026 Prozent, wobei der Zinseszinsrechnung ein Zinssatz von 14 Prozent zugrunde gelegt wurde, wie er heute von den Großbanken gefordert wird. Man bietet also den derzeitigen Besitzern für je 1000 Mark Reichsanleihen 26 Pfennig Gegenwartswert.

Diese Ausführungen, welche ein Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei zum Urheber haben sollen, sprechen für sich ohne Kommentar.

*

Abg. Best begründete im Reichstag folgende Anträge zur Aufwertung: § 28 bestimmt: Der Aufwertungsbetrag ist bis zum 1. Januar 1925 unverzinslich. Rückständige Zinsen werden erlassen. Vom 1. Januar 1925 ab beträgt der Zinssatz 1,2 Proz., vom 1. Juli 1925 ab 2¼ Proz., vom 1. Januar 1926 ab 3 Proz., und vom 1. Januar 1928 ab 5 Prozent. Wenn dem Schuldner nach 1932 weitere Stundungen bewilligt werden, so soll die Regierung ermächtigt sein, den dann in Frage kommenden höheren Zinssatz zu bestimmen. § 29 bestimmt, daß die Verpflichtung zur Leistung von Tilgungsbeträgen bis 1. Januar 1926 ruht. Die Aufwertungsstelle soll auf Antrag des Gläubigers den Tilgungssatz erhöhen können, wenn die wirtschaftliche Lage des Schuldners es gestattet.

Abg. Seiffert (Völk.) wendete sich namentlich gegen die gesetzliche Regelung der Verzinsung der Aufwertungsbeträge, die er unter dem Begriff „Kautschukparagraphen" zusammenfaßt.

Dr. Best erklärte ferner, die Großindustrie habe es durchgesetzt, daß bei Industrieobligationen nicht einmal 25 Prozent, sondern nur 15 Prozent aufgewertet werden und dazu nur ein Genußschein von sehr zweifelhaftem Werte gegeben wird. Dabei schreie gerade das Kapital der Industrieobligationen nach individueller Aufwertung. Der Redner begründet Anträge, die u. a. den Aufwertungssatz für Industrieobligationen von 15 auf 20 Prozent erhöhen und den Nennwert des Genußscheines von 10 auf 35 Prozent erhöhen wollen.

Was ist Anleihe-Altbesitz?

Aus Leserkreisen werden wir um Aufnahme nachstehender Ausführungen ersucht:

Die Aufwertungsfrage steht heute im Brennpunkt des Interesses, und man bemüht sich ja schon seit Monaten, einen Modus zu finden, um den enteigneten Anleihe-, Hypotheken- und Pfandbriefgläubigern ein kleines Pflästerchen auf die große Wunde zu kleben. Es ist ja viel vom Altbesitz die Rede und die Regierung sichert diesem besondere Vergünstigungen zu. Altbesitzer sind nach der geltenden Auffassung jene, die ihre Papiere vor einem gewissen festgelegten Zeitpunkt erworben haben, sie bis heute durchhalten konnten und noch besitzen, wenn die Aufwertung wirklich stattfindet. Also immerhin die Bessersituierten unter den Staatsgläubigern, jene, die noch andere Hilfsquellen hatten und nicht unbedingt und ausschließlich von ihrem Vermögen, von ihrer Rente leben mußten!

Aber außer diesen sogenannten Altbesitzern und den übrigen Neubesitzern gibt es doch noch eine große, vielleicht weitaus größere Kategorie noch ärmerer Leidensgenossen, die man billigerweise dem Altbesitz gleichstellen müßte, jedoch in ihrer Hilflosigkeit wohl ganz vergessen hat. Es sind jene, die auch ihre Wertpapiere vor dem 1. Juli 1920 erworben haben, aber durch bittere Notlage oder andere Umstände gezwungen waren, diese Papiere für ein Spottgeld zu veräußern und daher heute keinerlei Besitztitel mehr in Händen haben. Diese Bedürftigsten gehen nach der Regierungsvorlage vollständig leer aus und die gute Absicht derer, welche die Aufwertung in Fluß gebracht haben, ist an ihnen verloren. Unzählige Alte und Erwerbsunfähige, schaffende Künstler, Angehörige freier Berufe, die heute der öffentlichen Wohlfahrtspflege zur Last fallen müssen, gehen auf diesem Wege aller ihrer Rechte verlustig, weil sie die Aufwertung nicht abwarten konnten — falls nicht im letzten Augenblick eine großzügige und soziale Regelung, nicht aus dem Buchstaben, sondern aus dem Geist der Vorlage heraus auch diese Geschädigten in irgend einer Form in den Kreis der aufzuwertenden Forderungen miteinbezieht.

M.

Anleihen und kein Ende

Die bisher durch ein deutsches Konsortium mit den Firmen W. Harriman & Lee, Higginson & Co. gepflogenen Verhandlungen über die Aufnahme einer festverzinslichen Anleihe der Stadt Köln in Amerika sind nunmehr abgebrochen und neue Verhandlungen mit der Blairgruppe aufgenommen worden, also mit jener Firma, die auch bereits die Dollaranleihe der Stadt Berlin vermittelt hat. Dem Vernehmen nach sollen die Bedingungen der Blairgruppe im Vergleich zu denen der früheren Gruppe günstiger sein.

Die Stadt Heidelberg verhandelt wegen Begebung einer Amerika-Anleihe von 1,5 Mill. Dollar zum Ausbau des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes. Die Aussichten für die baldige Flüssigmachung der Gelder sind günstig, zumal die Genehmigung der Staatsbehörde bereits vorliegt.

Es sieht ganz danach aus, als ob es auf dem Kreditmarkt in nächster Zeit noch manche Überraschung geben sollte.

Buchbesprechungen

Steuerüberleitungsgesetz für den praktischen Gebrauch, bearbeitet von Joseph Ecker. Preis Mark —.90, zuzüglich Porto Mark —.10. — Das vorliegende Heftchen bringt in übersichtlicher und auch für den Laien leicht verständlicher Form den wesentlichen Inhalt des neuen Steuerüberleitungsgesetzes. Die wichtigen Fragen der steuerlichen Behandlung des Jahres 1924 für Einkommensteuer und Körperschaftssteuer, die Vorauszahlungen für 1925, die verschiedenen Möglichkeiten der Steuerermäßigung einerseits und der Steuererhöhung durch das Finanzamt anderseits sind für den praktischen Gebrauch klar und anschaulich dargestellt. Jeder Praktiker muß sich mit den wichtigen Bestimmungen des Steuerüberleitungsgesetzes vertraut machen. Wer dies mit möglichst geringem Aufwand an Kosten, Zeit und Arbeit machen will, dem wird diese anschauliche und auch für den Laien leicht verständliche Schrift willkommen sein. Bestellungen an Landesbuchstelle Weihenstephan bei Freising (Oberbayern).

Hauptschriftleitung und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Lokales, Wirtschaft, Bewegung und Sport Hansjörg Maurer; für Kunst und Wissenschaft: Joseph Stolzing-Cerny; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger, G. m. b. H.; Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn.

Erlebnisse eines türkischen Spions

von K. Efat

übersetzt, mit einem Vorwort und einer Einleitung versehen von

Kamüran Aali Bedr-Chan

Copyright 1925 by Franz Ehers Nachfolger, München

(Schluß) (Nachdruck verboten)

Ein heiteres Nachspiel mit dem Kinoagenten Leon.

Eines Abends saßen Wassuf Bey, ein paar angesehene Bürger Smyrnas und ich in einem Klub beisammen, der im Quarantaine-Viertel gelegen war. Auf einmal sah ich den Kinoagenten Leon vor mir, der mich als Agenten einer amerikanischen Kinogesellschaft und Vertreter der Zeitung „Chicago-Tribune" kennen gelernt hatte. Er war über unser Zusammentreffen hoch erfreut, glaubte aber noch, da ihm die Wahrheit nicht bekannt war, daß ich Amerikaner sei. Ich brachte die Rede gleich auf die Vergangenheit und sagte, daß ich sehr viel Sympathie und Liebe für die Türken hege. Die Anwesenden lachten bei diesen Worten und Leon glaubte anfangs nicht anders, als daß sie aus Freude lachten über die Liebe des Amerikaners zu den Türken. Aber das Lachen dauerte an und machte Leon allmählich nervös, sodaß er sagte: „Ich bitte Sie, meine Herren, lachen Sie nicht! Mister Harry Willy ist ein sehr ernster Mann. Ich habe nie einen Ausländer kennen gelernt, der solch freundschaftliche Gefühle für die Türken zeigte. Er war der Orientvertreter der „Chicago-Tribune" in Amerika." Weder ich noch die anderen Anwesenden bekannten Farbe und ließen sich etwas anmerken. Herr Leon nahm schließlich von mir Abschied, ohne daß er wußte, wer ich war und warum wir lachten.

Zu neuer Pflicht.

Mein Urlaub ging zu Ende. Ich meldete mich wieder im Generalstabsquartier und stellte mich für neue Dienste zur Verfügung. Ich sah, daß meine Energie und Tatenlust nicht gebrochen war. Wenn es galt, neue Gefahren zu bestehen, so wollte ich mich ohne Angst und Zögern auf den Weg machen. Körperlich freilich hatte ich mich noch nicht ganz erholt und meine alten Kräfte wiedergewonnen. Besonders an den Füßen litt ich noch arg. Aber die Befreiung der Stadt Smyrna hatte meine Seele zu neuem Leben erweckt.

In dieser Zeit waren die Griechen an einer anderen Front beschäftigt. Das Stabsquartier gab mir Befehl, an diese Front zu fahren und Ausdehnung und Tätigkeit der Griechen an dieser Front zu erkunden. In zwei Tagen war ich bereit. Durch Bandirma fuhr ich nach Konstantinopel und war schon am zweiten Tage dort.

Als der Zug in die Nähe Bandirmas kam, dachte ich jener Tage, die ich dort als falscher amerikanischer Vertreter zugebracht hatte, dachte jener Zusammenkunft mit dem verfluchten Ansawar, jener Ehren und Würden, die mir dort vom griechischen Pfarrer und Volk als Vertreter der amerikanischen Regierung zuteil wurden und welche Gefahr ich am Schluße dank der Hilfe des Parsiali überwunden hatte. Wenn mir vor zwei Jahren jemand gesagt hätte, ich würde einst als Beamter des siegreichen türkischen Heeres von Smyrna nach Westthrazien fahren und dann wieder in diese Stadt kommen, hätte ich ihm sehr schwerlich Glauben geschenkt.

Von Bandirma fuhr ich mit dem Dampfer nach Konstantinopel.

In Westthrazien.

Ich reiste mit meinem italienischen Paß unter dem Namen Ali Saïd, bekam mein Visum und sollte durch Sofia meinen Weg nehmen. So kam ich nach Sofia. Es herrschte eine fürchterliche Kälte; alles war mit Schnee bedeckt. Da ich körperlich noch schwach war, tat mir dieses kalte Wetter sehr weh.

Weiter fuhr ich nach den Orten, wo ich arbeiten sollte, und nahm meine Tätigkeit sofort auf. Über diesen Teil meiner Dienste fühle ich mich jedoch nicht berechtigt, Aussagen zu machen. Nur soviel kann ich sagen, daß meine dortige Arbeit guten Erfolg hatte.

Auf dem nämlichen Weg kehrte ich nach Smyrna zurück und erstattete Rapport. Bericht erstattete ich auch noch mündlich den Kommandanten des türkischen Heeres, Mustapha Kemal Pascha.

Kurz darauf erklärte man mir, ich sei meiner Pflicht los und ledig und könnte mich wieder als freien Mann betrachten.

Ich war müde, wie zerbrochen. Außer der Freude eines reinen Gewissens hatte ich gar keine Belohnung bekommen. Ich fand es deshalb verständlich, mich zurückzuziehen.

Schluß.

Als ich meines Dienstes entlassen war, trat mir jenes Ungeheuer vor Augen, das wir Zukunft nennen. Lange konnte ich die Nacht bis zum frühen Morgen nicht einschlafen. Meine Boxfäustlinge, die an der Wand hingen, senkten traurig ihr Haupt und schauten mich mit trüben Mienen an. Das ist sicher: wenn ich den Weg gegangen wäre, den die natürliche Begabung mir wies, wenn ich diese Handschuhe nicht so hingehängt und in Ruhe gelassen hätte, kurz wenn ich in meinem Beruf mich weitergebildet hätte, so könnte ich ein reicher Mann sein. Jetzt bewegte ich meine Arme: sie waren weich und kraftlos. Ich bewegte meine Beine; sie waren schwach und zitterten. Was mir die Zukunft bringt, das weiß ich nicht.

Aber es geschehe, was geschehen mag. Wenn auch der Rest meines Lebens nichts ist, wenn ich auch die Folgen dieser vier schmerzhaften und kummervollen Jahre, in denen ich meinem Vaterland meine Kräfte weihen durfte, in meinem ganzen Leben spüren müßte: Schuldig ist mir mein Vaterland nichts! Alles was ich tat, war einfache Pflicht, nichts weiter.

Hoch lebe das Vaterland!

K. Efat.

An unsere Bezieher!

In letzter Zeit mehren sich die Beschwerden über unregelmäßige Zustellung unseres Blattes. Wir ersuchen, **diese bei den zuständigen Postämtern anzubringen.** Sollte dies nicht zum Ziele führen, bitten wir, uns unter genauer Darstellung des Falles zu benachrichtigen.

Verlag des „Völkischen Beobachter" Franz Eher Nachf., G. m. b. H.

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Antisemiten!
Deutsche aller Berufe!

Am 20. Juli erscheint zur Eröffnung unserer großen **Werbe**woche für den Monat August eine zeichnerisch reich illustrierte 8 Seiten umfassende, inhaltlich mit bereits erschienenen und neuen Artikeln aus der Feder Adolf Hitlers und bedeutender Mitarbeiter ausgestattete

→ Propaganda-Ausgabe ←
des
„Völkischen Beobachters"
→ Einzelverkaufspreis 10 Pfennig ←

Diese Ausgabe wird weiterhin das Programm der N.S.D.A.P. — für alle noch Abseitsstehenden verständlich behandeln. Der Inhalt dieser Nummer ist ausschließlich zur Werbung neuer Leser bestimmt. Jeden Leser fordern wir hiemit auf, mindestens 5—10 Exemplare beim Verlag zu bestellen. Jede einzelne Ortsgruppe hat die Pflicht, diese Werbenummer in größeren Mengen zu beziehen. **Berücksichtigt werden nur solche Bestellungen, die bis 19. Juli bei uns eingelaufen sind.**

Nachdem einzelne Orte im Reiche sich am Preisausschreiben gar nicht beteiligten, **andere Orte dagegen mit gewaltigen Erfolgen gearbeitet haben,** werden Ortsgruppen, die in der Werbung sich nachlässig verhalten, am 3. August in unserem Kampfblatte benannt werden.

Im Ringen um die politische Macht benötigen wir eine mächtige Presse. Diese zu schaffen, ist nur durch Kleinarbeit möglich! Deshalb sorgt für Verbreitung unserer Werbenummer und deckt durch sofortige Bestellung die Kosten dieser Ausgabe.

Bezugs-Preis:

Einzelnummer 10 Pfennig (Selbstkosten) Versand erfolgt nur durch Drucksache oder Paket. Diese Nummer (Sondernummer) wird nicht im Abonnement überwiesen.

5	Exemplare	kosten	M.	0.50	Kostenlose Beigabe für Werbezwecke	1	Exemplar	„Die	Rede Adolf	Hitlers"
10	„	„	„	1.—	„	3	Exemplare	„Die	Rede Adolf	Hitlers"
25	„	„	„	2.50	„	5	„	„Die	Rede Adolf	Hitlers"
50	„	„	„	5.00	„	10	„	„Die	Rede Adolf	Hitlers"
100	„	„	„	10.—	„	25	„	„Die	Rede Adolf	Hitlers"
250	„	„	„	25.—	„	50	„	„Die	Rede Adolf	Hitlers"
500	„	„	„	50.—	„	100	„	„Die	Rede Adolf	Hitlers"
1000	„	„	„	100.—						

Bestellungen sind lediglich auf untenstehenden Bestellschein zu betätigen. Mit der Bestellung ist die Zahlung zu leisten an: Verlag „Völkischer Beobachter", München, Thierschstr. 15 oder Postscheckkonto: Franz Eher Nachf., G. m. b. H., München, 11346.

Bestellschein

An
Verlag „Völkischer Beobachter"
Abteilung Propaganda
München
Thierschstraße 15

Betreff: Sonder-Werbenummer I

Senden Sie mir . . . Exemplare der am 20. Juli 1925 erscheinenden Werbenummer. Den Betrag von .... Mark, in Worten .... Mark lege ich bei — habe ich auf Postscheckkonto Frz. Eher Nchflg. G. m. b. H., München 11346 — habe ich mittels Postanweisung an Sie abgesandt. (Nichtzutreffendes durchstreichen)

Name ....
Wohnort ....
Wohnung ....

Kassa Nr. ....
Einlauf am ....
Erledigt am ....

Bestellschein

An
Verlag „Völkischer Beobachter"
Abteilung Propaganda
München
Thierschstraße 15

Betreff: Sonder-Werbenummer I

Senden Sie mir . . . Exemplare der am 20. Juli 1925 erscheinenden Werbenummer. Den Betrag von .... Mark, in Worten .... Mark lege ich bei — habe ich auf Postscheckkonto Franz Eher Nchflg. G. m. b. H., München 11346 — habe ich mittels Postanweisung an Sie abgesandt. (Nichtzutreffendes durchstreichen.)

Name ....
Wohnort ....
Wohnung ....

Kassa Nr. ....
Einlauf am ....
Erledigt am ....

Bestellungen sofort erledigen! — Schlußtag 19. Juli

Pflicht aller Antisemiten und erst recht jedes einzelnen Parteigenossen ist es die Zeit vom 20. bis 31. Juli zu einer **Werbewoche** größten Stiles zu gestalten. Diese Werbewoche und ihr Erfolg muß die Antwort auf den das deutsche Volk herausfordernden, im August dieses Jahres stattfindenden zionistischen Weltkongreß sein.

Gebt unserem Kampfblatt durch größte Verbreitung die Kraft den Zielen des Judentums mit Autorität entgegentreten zu können.

„Völkischer Beobachter"
Abteilung für Propaganda

KINO-ANZEIGER

Nach dem Kino: Eine Zigarette der Fabrikate der Österreich. Tabak-Regie

Nach dem Theater: raucht selbst der Laie die Zigarette „Metzger" Nr. 3

RATHAUS-LICHTSPIELE
FRIDERICUS REX
1. Teil: „Sturm und Drang"
2. Teil: „Vater und Sohn"

SENDLINGERTOR-LICHTSPIELE
Kohlhiesels Töchter mit Henny Porten

KAMMERLICHTSPIELE / Kaufingerstr. 29
Telephon 24327
Die Mädchenhändler von New York

Dachauerstr. 16 UFA-THEATER geg. Marsstr.
„Ich liebe Dich" mit Liane Haid

Telephon 53377 LICHT-SCHAUSPIELHAUS Dachauerstr. 46
Unter Perlenfischern auf Hawai
Abenteurerfilm in 6 Akten
u. a. **Unterwasserkampf mit einem Seepolypen**

Besuchet die Familien-Sonntag-Vormittags-Vorstellungen obiger Kinos!

KI-PA
Müllerstr. 32 **Film-Palast** Blumenstr. 29
Das Herz der Lilian Thorland
In der Hauptrolle Evi Eva
Hiezu das erstklassige Beiprogramm

Unsere Leser sehen sich nur die Qualitätsfilme, der im „Völkischen Beobachter" inserierenden Lichtspielhäuser an!

THEATER-ANZEIGER

Donnerstag, den 16. Juli 1925

National-Theater	Residenz-Theater	Kammerspiele	Operetten-Bühne Lustspielhaus, Barer Str.
—	Minna von Barnhelm Anfang 7½ Uhr	Pygmalion Anfang 7½ Uhr	Alt-Wien Anfang 7½ Uhr
Prinz-Reg.-Theater	**Schauspielhaus**	**Gärtnerpl.-Theater**	**Volkstheater**
—	Lady Frederick Anfang 7½ Uhr	Anneliese von Dessau Anfang 7½ Uhr	Die vertauschte Frau Anfang 7½ Uhr

RUNDFUNK MÜNCHEN

Donnerstag, den 16. Juli.

11.45 Uhr: Zeitangabe, Wetterbericht.
1.55 Uhr: Zeitangabe, Pressemeldungen, Wetter, Börsenbericht.
3.30 Uhr: Bayer. land- und forstwirtschaftlicher Rundfunkdienst der Bayer. Landesbauernkammer in Verbindung mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

Nachmittagskonzert 4—6 Uhr.

4 Uhr: Kammerquartett Anny Rosenberger.
5 Uhr: Alice Strathmann liest drei Idyllen von Geßner.
5.15 Uhr: Die Rundfunkkapelle.
6 Uhr: Bayer. land- und forstwirtschaftlicher Rundfunkdienst der Bayer. Landesbauernkammer in Verbindung mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat.
6.30 Uhr: Zu Gottfried Kellers 35. Todestag: Gedichte und Prosa aus Gottfried Kellers Werken. Vortragender Kurt Hoffmann.
7.15 Uhr: Esperanto-Sprachkurs.
8 Uhr: Abend-Konzert. Mitwirkende: Aenne Welden-Kaminsky (Sopran); Professor Johannes Hegar (Cello); Josef Schmid (Klarinette); Richard Staab (Klavier).
9 Uhr: Stimmen der Völker. Rezitationen aus der Sammlung Joh. Gottfr. Herders. Vortragende Maria von Faber du Faur. (Staatstheater Berlin).
9.30 Uhr: Pressemeldungen; Wetterbericht; Zeitangabe; Sportfunk; Geschäftsnachrichten.
10—11 Uhr: Unterhaltungskonzert. Kammerquartett Anny Rosenberger. Mitwirkende: Willy Götz, Erlangen (Tenor). Klavierbegleitung Richard Staab.

„Deutsche Stunde in Bayern", Abteilung Vertrieb / Funkhaus / Karlstraße 21
Verkauf und Vorführung hochwertiger Rundfunkempfänger, Detektor-, Röhren-Apparate, Lampen, Kopfhörer, Lautsprecher, Zubehör, Antennenbau

Verwenden Sie **Helios-Detektoren,** die Qualitätsmarke

Achtung! Lesen und ausschneiden! Achtung!
SONDER-ANGEBOT!
50000 Aluminiumtöpfe 10 Mark franko pro 11 Stück, wie Abbildungen (gegen Vorkasse oder Nachnahme), und zwar:
5 Schmortöpfe mit Deckel Inhalt: ¾, 1, 2, 3 und 4 Liter

sowie 6 Milchtöpfe mit Zierrand
Außerdem liefere auf Wunsch mit:

Schmortöpfe	5	6 Liter Inhalt
pro Stück	M. 2.30	3.—

Anläßlich des 25jährigen Fabrikjubiläums gebe ich zirka 50000 Töpfe als Reklame ab
Metallindustrie H. Seuthe
Holthausen b. Plettenberg Nr. 608
Bedingung: Inserat beilegen — Hauptkatalog wird jeder Sendung beigefügt — Lieferant höchster Staatsbeamter
Postscheckkonto 19806 Dortmund

?WOHIN?
Der Fremde geht in München dahin, wo es der Münchner gemütlich findet!

Löwenbräu-Keller
Saal — Garten — Terrassen
Täglich Konzerte

Hacker-Keller Theresienhöhe nächst Ausstellung
Täglich große Konzerte
Vorzügliche Speisen

Thomasbräu-Keller
Kapuzinerpl. 5 (Linie 10, 12, 17) Clemens Haustein
Mittwoch, Samstag, Sonntag
Große Garten-Konzerte

Mathäser Bierhallen Garten
Täglich Konzert
Ia Küche
Löwenbräubier

Viktoria-Gaststätten
Max-Denkmal Telephon 20266
Herrlicher Garten
Vorzügl. Mittags- u. Abendtisch, Ia Biere u. Weine

Bürger-Bräu-Keller
Rosenheimerstraße, Linie 1 u. 11
Jeden Mittwoch Sommernachts-Ball mit Gartenkonzert | Samstag u. Sonntag Garten-Konzert

Gaststätte Alt-Wien
Barerstraße 53 Telephon 57336
Täglich
Original-Zigeuner-Kapelle
aus Gräfin Mariza (Lustspielhaus)

Sportversand „Scharnhorst"
Leipzig, Gustav-Adolf-Straße 36
Schulterriemen mit vernikl. Karabinerhaken, naturbraun 1.75
Mil.-Koppel mit Schloß, naturbraun 3.45
Hitlermützen, gefüttert 2.40, Inft.-Spaten 1.80, Futteral 0.70, Feldflaschen neu 0.50 und 1.35, Trinkbecher, neu 0.30
Mil.Kochgeschirre, innen neu 1.—
Sämtl. Mil.-Ausrüstungen. Versand geg. Nachnahme

Lüster
Seidenschirme, Ampeln, Züge, Steh- u. Ständerlampen kaufen Sie am billigsten bei reeller Bedienung, sowie größter Auswahl.
Negele, Hackenstraße Nr. 5

Blücher-Mützen
in jeder Ausführung liefert nationalen Verbänden
Mützenfabrik Clemens Wagner
Braunschweig

Saison-Ausverkauf
Donnerstag / Freitag / Samstag
Die drei letzten Tage!
Vertrieb von Erzeugnissen sächsischer
Gardinen-Fabriken
München, Rosenstraße 5

Sport- und Fachmann, denke dran: Alles gibt's — bei

München Sonnenstr. 27 Fernspr. 51446, 57621
Nürnberg vord. Sterng. 1 Fernsprecher 8866

Aus dem Reichsheer ausgesch. Oberwachtmeister sucht
Beschäftigung
Offerten unter 286 an die Anz.-Abt. d. Bl.

Alte Banknoten-Besitzer von 20, 50, 100, 1000 M. Reichsbanknoten erscheint in Massen am Donnerstag, den 16. Juli, abends 8 Uhr zur Aufklärungsversammlung im Bürgerbräusaal Rosenheimer Straße
Siehe Plakate!

Zigarren
a. reinen Überseetabaken direkt ab Fabriklager sehr preiswert. Bitte Muster und Liste anfordern.
Pg. v. Wedel - Parlow
Braunschweig
Spielmannstraße 19

Bei Einkäufen beziehe man sich auf den „Völkischen Beobachter"

Gut möbl.
Zimmer
mit Balkon, Südseite, in ruhigem Hause bei gebildeter Familie, an nur streng soliden, ält. Dauermieter ab 1. Aug. zu vermieten. Lage: Schwabing. Off. unter 262 a. d. Anz.-Abt. d. Bl.

Kaufmann
25 Jahre, Nationalsoz., z. Zt. in nationaler Provinztageszeit. als Leiter der Vertriebsabteilung tätig, guter Organisator sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, zum 1. Aug. Stellung in Zeitungsunternehmen, Verlag od. ähnl. Betrieb. Ang. unt. 284 a. d. Anz.-Abt. d. Bl.

Hüte Mützen
J. Frey
München
Dachauerstr. 10

Altpapier
Alteisen, Lumpen, Kupfer, Messing, Zink, Blei, Staniol, kauft stets bestens
Josef Duschl
Dachauer Straße 21/0
2. Hof links. Tel. 55236

BITTE!
Welches vornehm denkende Unternehm. verhilft jungem Kaufmann, der infolge Auflösung eines völkisch. Verlages stellenlos geworden ist, durch Einstellung bzw. durch Vermittlung zu einer Stelle? Suchender ist mit allen Büroarbeiten best. vertraut und würde auch einen Reiseposten übernehm. Gute Zeugn. u. Refer. vorhanden. Ang. unter 283 a. d. Anz.-Abt. d. Bl.

Fahrräder
Juwel, Cito, Simson, Victoria, Wanderer ℳ 80, 90, 95, 100, 105, 110, 120 und höher.
Billigste Kassapreise! Zahlungserleichterung!
Billige Räder (Außenlötung) M. 69.-
E. & O. Riesenhuber
nur Baaderstraße 55

Detektiv-Auskunftei BLITZ
Inh. Rudolf Gnam
Mitglied des Reichsbundes deutscher Detektive
München * Marienplatz 17/II
Fernruf: Büro 28067 / Wohnung 62529
Ermittlungen, Beobachtung, Reisebegleitung Auskünfte in allen vertraulichen Angelegenheiten des tägl. Lebens

Lehrmädchen
mit guter Schulbildung, für Papiergeschäft gesucht. Näheres Brienner Straße 4/0

Hilfe in höchster Not!
Gibt es denn wirklich keinen Menschen, welcher einen durch und durch völkisch gesinnten Familienvater mit 3 Kindern, schwerkriegsbesch., mit einigen hundert Mark gegen monatliche Rückzahlung vor dem Untergange rettet? Bitte edeldenkende, völkisch gesinnte Menschen dringend um Hilfe für meine Familie, bevor es zu spät ist. Der Persönlichkeit, welche mich von meiner verzweifelten Lage befreit, sage ich und meine Familie im voraus herzlichen Dank. Zuschriften von wirklich helfenwollenden Persönlichkeiten erbitte ich baldigst unter L. F. 287 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.